POLNISCHE BLÄTTER
Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

XIII. Band | 1. Oktober 1918 | Nummer 105



# Mit dem Pfluge durch das polnische Brachfeld.

Von Wacław Schmidt.

I.

Kapitel I.

„Von allen Problemen, die zu irgendwelcher Zeit Europa interessiert haben, ist vielleicht am meisten kompliziert und verwickelt das polnische, denn es besteht aus den drei nachstehenden Fragen, die trotz des engen gemeinsamen Zusammenhanges sich hinsichtlich ihres wesentlichen Inhaltes voneinander unterscheiden.

Polen — als Volksstamm, als besonderes Element in der Gruppe der slawischen Stämme.

Polen — als selbständiger Staat.

Polen — schließlich, oder besser das Polentum als geistiger Bildungsfaktor, als Kampfpropaganda des Lateinertums in der slawischen Welt.

Diese drei Begriffe werden fortgesetzt miteinander verwechselt und durchdringen einander."

So erfaßte das polnische Problem J. Samarin im Jahre 1861 auf den Spalten des panslawistischen „Djenj".

Nach Samarin steht es außerhalb jeden Zweifels, daß die Polen einen besonderen, selbständigen Zweig des slawischen Stammes bilden und daß sie alle Merkmale einer besonderen Nationalität besitzen. Indem er dieses anerkennt, erkennt er auch die Notwendigkeit eines solchen staatsrechtlichen Systems für Polen an, das die Freiheit des nationalen Lebens, in allen seinen Aeußerungen, nicht antastet. Samarin glaubt, daß zu diesem Zwecke ein selbständiger Staat nicht nötig sei, aber er gibt zu, daß man im Prinzip mit einem solchen Staat einverstanden sein könnte, wenn die Polen kein Programm der historischen Grenzen aufstellen würden, d. h. ein Programm, das außer dem ethnographischen Polen auch Podolien, Wolhynien, Weißruthenien und Litauen mit Wilno, Grodno, Kowno usw. umfaßt. Mit einem unabhängigen Polen in seinen ethnographischen Grenzen könnte Rußland sich einverstanden erklären, aber der polnische Staat wird mit historischer Notwendigkeit nach Ausdehnung seiner Herrschaft im Osten streben und diese Tendenzen mit der gewissen Polen eigentümlichen kulturell-zivilisatorisch-religiösen Mission gerechtfertigen, d. i. mit jener Auffassung des Polentums, die oben erwähnt wurde. Dieser Umstand eben zwingt Rußland, gegenüber der Idee des Wiederaufbaues der polnischen Staatlichkeit, selbst in seinen ethnographischen Grenzen, eine feindliche Stellung einzunehmen.

Ein zweiter hervorragender Slawophile, A. Th. Gilferding, schrieb damals im gleichen Sinne.

In dem Artikel: „Wie soll die polnische Frage gelöst werden?" erklärt er, daß Rußland das polnische Land den Polen nicht zurückgeben kann, weil diese in einem solchen Falle auch nach den an ihren Ostgrenzen gelegenen russischen Ländern verlangen würden. Rußland muß sich daher erst mit der Befreiung des russischen Volkes von der Herrschaft der polnischen Herren befassen, das russische Nationalbewußtsein stärken und erst dann, wenn diese Aufgabe erfüllt sein wird, kommt für Rußland die Möglichkeit, auf das eigentliche (ethnographische) Polen zu verzichten.

Zuerst aber müssen im Königreich selbst jene Missions- und Kulturträger-Tendenzen vernichtet

oder wenigstens im wesentlichen zerstört werden, mit denen Polen seine östliche Expansion begründet und auf deren Grundlage sich der jahrhundertlange polnisch-russische Kampf abgespielt hatte.

Aber selbst Katkow, dieser verbissenste Anhänger der Zentralisation des russischen Staates und fanatische Polenfeind, nahm im Prinzip in der Polenfrage dieselbe Stellung ein, wie die Slawophilen.

In dem Leitartikel der „Moskowskija Wjedomosti" vom 16. Mai 1863 schreibt er:

„Wir halten Polen in unseren Händen lediglich zu unserer eigenen Sicherheit. Polen ist uns gar nicht nötig. Aus dem Besitz des Königreichs Polen haben wir für uns nie Nutzen gezogen. Wir haben zweifellos ein Anrecht auf dieses Land, und zwar nicht allein auf Grund von Verträgen. Wir legen jedoch auf dieses Anrecht nur Gewicht soweit, als es für unsere Verteidigungszwecke notwendig ist. Mit Freuden würden wir Polen opfern, wenn nur darunter nicht die Sicherheit der russischen Grenze leiden würde. Unser Wunsch ist lediglich, daß die Polen auf ihre sinnlosen Ansprüche verzichten, über uns herrschen zu wollen; wir selbst würden nicht die geringste Neigung haben, sie in unserer Hand zu halten, wenn sie nur aufrichtig bereit wären, uns in Frieden zu lassen.

Der Besitz des Königreiches ist jedem Russen tödlich lästig geworden, und nur die Polen selbst sind daran schuld, wenn die Russen schweren Herzens gezwungen sind, mit ihnen zu kämpfen, um sich vor ihnen zu verteidigen, wenn sie gezwungen sind, über die Polen zu herrschen, um sich vor ihrer Herrschsucht zu retten."

Die Verteidigung, die der radikal-nationalistische russische Schriftsteller so oft hervorhebt, bezieht sich auf die annektierten Länder. „Die Polen" — so sagt er an einer anderen Stelle — „werden eher auf ihre Nationalität verzichten, als auf ihre Ansprüche auf Litauen, Weißruthenien, Wohlynien und Podolien; kaum erschien ihnen der Schatten einer Unabhängigkeit, kaum haben sich ein paar tausend Leute bewaffnet, und schon verkünden sie ihre Absichten nach Abtrennung aller dieser Gebiete von Rußland."

Nach Katkow hat 1812 das im Rücken der Napoleonischen Armee konföderierte Polen nach diesen Ländern verlangt, die Insurgenten vom Jahre 1830 forderten sie, die polnische Emigration nach 1831 verlangte danach, und die gleichen Länder fordern die Aufständischen von 1863.

* * *

So stellt sich das Verhältnis Rußlands zum Königreich Polen in der Beleuchtung der hervorragendsten russischen Publizisten dar, von denen die beiden ersten, sogleich nach Niederwerfung des Aufstandes, durch Milutin aufgefordert wurden, bei der Reorganisation des Landes mitzuwirken.

Man muß zugeben, daß sie das Wesen des Problems richtig und zutreffend erfaßt haben.

Es ist tatsächlich wahr: das Königreich an und für sich war ein unnötiger, überaus lästiger Ballast für den russischen Staat. Durch den Besitz der zehn Gouvernements des Königreichs Polen hat Rußland seine Macht eher gemindert. Es hat auf diese Weise seine Seegrenzen nicht verbreitert, seinen freien auswärtigen Handel nicht entwickelt und auch den Absatzmarkt für seine Produktion nicht bereichert. Was nun die militärische Sicherheit anbetrifft, so ist bekannt, daß das Königreich nur eine Last für die westliche Grenze Rußlands war. Es ist darum nicht verwunderlich, wenn immer dann, wenn Rußland infolge Unruhen im Königreich eine politische Krisis durchmachte, in den maßgebenden russischen Kreisen der Gedanke auftauchte, für immer das polnische Land, wenn nicht ganz, so wenigstens zu seinem größten Teil zu verlassen. Als Beispiel möge dienen der Brief des Zaren Nikolaus I.[1]) an Paskiewicz im Jahre 1831, und das Gespräch der Zarin mit Mu-

[1]) „Alles, was in Polen geschehen ist und noch geschieht" — schrieb Kaiser Nikolaus I. unmittelbar vor dem Tode Diebitschs, also zu einer Zeit, als der Aufstand sich zugunsten der Polen zu entwickeln begann —, „zeigt offenbar, daß der Augenblick, da Großmut walten konnte, vorüber ist. Die Undankbarkeit der Polen hat es unmöglich gemacht, und in den Vereinbarungen, die sie betreffen, muß alles der Zukunft und den wahren Interessen Rußlands untergeordnet werden. Steht das fest, so ist es unmöglich zu verkennen, daß das russische Interesse nicht darin liegen kann, ein Polen zu rekonstruieren, wie es 1815 geschaffen wurde, noch ihm eine Verfassung zu lassen. Polen muß also nicht nur außerstande gesetzt werden, Rußland materiell zu schädigen, sondern es ist auch zu erwägen, welche Entschädigungen und Vorteile Rußland für die großen

rawjew im Jahre 1863 vor der Abreise des letzteren nach Litauen.

Gegen die Existenz eines selbständigen polnischen Staates in seinen ethnographischen Grenzen konnte tatsächlich Rußland im Prinzip nichts einzuwenden haben.

Und dennoch hat Rußland alle Befreiungsversuche Polens brutal bekämpft. Zwar geschah dies nicht gedankenlos. Auch diese Brutalität hatte ihre Logik. Das Königreich sollte — so gebot die russische Staatsraison — unterdrückt werden nicht wegen seines Strebens nach Unabhängigkeit, sondern wegen der Fähigkeit dieses Landes, nach Osten auszustrahlen und die dortigen Völker und Länder zu assimilieren, wegen der Fähigkeit zur kulturellen Unterwerfung der Ostmarken, um dieselben um so leichter bei der nächsten Gelegenheit politisch zu imperialisieren.

Die frühere Geschichte, und auch, bis vor nicht sehr langer Zeit, die Geschichte Rußlands, spielte sich unter diesem Damoklesschwert ab.

Parallel z. B. mit dem Kampf um die Sicherung der selbständigen Institutionen im Kongreßkönigreich, mit dem Kampf um Verfassung, Landtag, Beamtenschaft, Gerichtswesen, Armee, Wirtschaftssystem usw., die von Petersburg möglichst gründlich unabhängig gemacht werden sollten, trat die hartnäckige Tendenz zutage, die Wirkung dieser Funktionen auch auf die früheren polnischen Ostmarken auszudehnen.

Die russischen Heere schlugen sich daher in den polnischen Aufständen im eigentlichen Sinne nicht um den Besitz des Königreichs, sondern um das Verbleiben der Westgouvernements beim Kaiserreich[2]). Rußland hat

---

Opfer, die es gebracht hat, aus dem Besitz Polens ziehen kann. Auf die erste Frage ist leicht zu antworten: Die Opfer und Verluste, welche Rußland daran setzte, um seine nationale Ehre zu retten, können nicht ersetzt werden. Was aber die zweite Frage betrifft, so scheint mir, daß Rußland aus Polen, so wie es ist, überhaupt keinen wirklichen Vorteil ziehen kann, und daß sich, was noch wesentlicher ist, auch für die Zukunft keine Garantie dafür schaffen läßt, daß das Land in Frieden unser Eigentum bleibt. Ich glaube daher, daß, wenn ich meinen Prinzipien treu bleibe und nur das wahre Interesse Rußlands ins Auge fasse, die einzige Lösung dieses Problems die folgende ist. Rußland ist eine Macht, die in sich stark und glücklich ist und niemals weder benachbarten Mächten, noch überhaupt für Europa eine Bedrohung sein soll; wirft man nun das Auge auf die Karte, so erschrickt man beim Anblick der polnischen Grenzen: sie reichen bis zur Oder, während die Seiten hinter den Njemen und den Bug zurückgehen, um das Baltische Meer bei Polangen und das Schwarze Meer bei den Donaumündungen zu berühren. In diesem Keil wird eine Armee erhalten, um die Unterwürfigkeit des Landes zu behaupten. Dieses Land aber trägt dem Reiche nichts ein; es kann im Gegenteil nur durch stete Opfer Rußlands bestehen, wenn die Verwaltung überhaupt aufrechterhalten werden soll. Daraus folgt, daß die Vorteile aus diesem unbequemen Besitz gleich Null sind, die Nachteile groß, ja sogar drohend. So bleibt nur übrig zu entscheiden, wie man dem abhelfen soll. Ich sehe nur ein Mittel, und zwar dieses: Erklären, daß der russischen Ehre mit Eroberung des Königreichs genug getan ist, daß aber Rußland kein Intersse hat, eine Provinz von so flagranter Undankbarkeit zu besitzen.....“

Die Denkschrift ist in der Biographie des Paskiewitsch von Schtscherbatow abgedruckt worden.

---

[2]) Wie unbegründet und ungerecht erscheinen, angesichts der eben festgestellten historisch-politischen Tatsachen, jene Gründe, die die „Vossische Zeitung“ gegen die Polenpolitik Bethmann Hollwegs ins Feld führt, und auf die sie noch heute in ihren Leitartikeln ab und zu zurückkommt. Sie behauptet bekanntlich, daß gegen Ende des zweiten Kriegsjahres eine Verständigung mit Rußland sehr wohl möglich gewesen wäre, aber der Novemberakt habe sie verhindert. „Die Novemberproklamation des Jahres 1916 ist ein politischer Fehler ohnegleichen,“ hieß es in den zahlreichen Aufsätzen dieser Zeitung, die den Ostproblemen gewidmet waren, durch die Losreißung Polens, das angeblich organisch zu Rußland gehöre, mache sich Deutschland den Russen zu einem ewigen Feind. „Polen befreien“ bedeutet, das zukünftige Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland auf lange Zeit vergiften.

Unsere oben angeführten historischen Dokumente, die aus einer Zeit stammen, wo Rußland mindestens bis zum Bug unbedingter Herr war, zeigen, daß Rußland fast immer, wenn es Krisen zu überwinden hatte, sogleich bereit war, auf sein ethnographisches Polen leichten Herzens zu verzichten, um so mehr also zu einer Zeit, als deutsche Armeen auf russischem Boden, an der Düna und am Stochod, standen. Rußland konnte fast immer den polnischen Fremdkörper ohne Nachteil entbehren.

Daß diese Stellungnahme Rußlands dem ethnographischen Polen gegenüber sich bis zum Ausbruch des

den Schauplatz des Krieges mit Polen wegen Litauen und Ruthenien auf das Terrain des Königreichs Polen verlegt.

Der Aufstand von 1863 und sein Echo in den Ostmarken haben der Regierung jedoch bewiesen, daß es nicht ausgereicht hat, um diese Länder vor den polnischen Einflüssen zu schützen, die besonderen nationalen politischen Institutionen aufzuheben. Es galt tiefer zu greifen und die zivilisatorisch-religiösen Ansätze des Polentums und seiner Institutionen zu vernichten; zur Bildung solcher Ansätze hat — nach den zitierten Publizisten — jede soziologische Gruppe ihr begründetes Recht. Aber auch diese Aktion, besonders die Russifikation des geistigen polnischen Lebens auf dem Territorium des Königreichs, führte die russische Regierung nicht aus Rücksicht auf das Verhältnis zum Königreich, sondern zu den annektierten Ländern. Das Rückgrat des Polentums sollte gebrochen werden, damit seine äußeren Nerven abgetötet werden könnten.

Erst nach der Zerstörung der Sonderverfassung des Königreichs und seiner von äußeren Einwirkungen fast unabhängigen Organe, erst nach der späteren Beherrschung aller kulturellen, konfessionellen und Bildungs-Institutionen dieses Landes, die nun alle von Rußland abhängig wurden, fand sich das letztere im Besitze des Schlüssels zu den litauisch-ruthenischen Ländern. Denn diese konnten nur auf dem Territorium des Königreichs vor der Polonisierung geschützt werden.

Dieses historische Polen war also jene Losung, gegen die Rußland auftrat und in der es die besonderen staatlichen Tendenzen des Königreichs und den polnischen Charakter dieses Landes bekämpfte.

* * *

In nationaler Beziehung ergaben sich hieraus höchst fatale Resultate.

Von einem Staat wurde Polen zu einer Stämme-Gruppe degradiert, von einer rechtlich politischen Einheit mit weiten staatlichen Attributen wurde es auf das Niveau einer soziologischen Gruppe herabgezogen.

Seit dieser Zeit konnte die russische Staatsgewalt zu jedem Individuum im Königreich Polen in unmittelbare Beziehung treten, und sie begegnete auf diesem Wege keiner vermittelnden, von Rußland national verschiedenen politischen Organisation. Ohne auf Hindernisse zu stoßen, drang die russi-

Krieges durchaus nicht geändert hat, sondern durch wirtschaftliche Momente und Rücksichten noch ausgeprägter und stärker geworden ist, beweisen zahlreiche Abhandlungen, die aus jenen russisch-liberalen und national gesinnten Kreisen stammen, die in Rußland am eifrigsten zum Kriege gedrängt haben.

So schrieb Peter Struwe in dem Aufsatz „Rußland als Großmacht“ („Russkaja Mysl“, 1908, Band 1):

„Was man auch davon sagen möge, in wirtschaftlicher Beziehung bedarf das Königreich Polen Rußlands und nicht umgekehrt. In wirtschaftlicher Hinsicht finden die Russen für sich in Polen überhaupt nichts zu tun, Rußland aber ist für Polen der einzige Absatzmarkt.

Die Zugehörigkeit des Königreichs Polen zu Rußland ist für das letztere lediglich eine Frage der politischen Macht. Jeder Staat hat das Bestreben, seinen „Besitzstand“ bis zur äußersten Grenze seiner Kräfte zu erhalten, selbst wenn hierzu keine zwingenden wirtschaftlichen Motive vorliegen sollten. Von diesem Standpunkt aus ist es für Rußland notwendig, das Königreich Polen innerhalb seiner Besitzsphäre zu erhalten.“

Ferner schrieb Isgojew, ein Genosse Struwes, in der gleichen Zeitschrift („Russkaja Mysl“, 1908, Band 4):

„Die russische Industrie kann ohne die Randländer absolut nicht existieren. Der Zusammenhang Groß-Rußlands mit den Randländern erscheint daher nicht als etwas Künstliches, sondern als etwas Natürliches und Lebensfähiges. Eine einzige Ausnahme bildet nur Polen. Die Verbindung Polens mit Rußland ist viel nützlicher für die Polen, wie für die Russen. Als die Polnische Sozialistische Partei im Jahre 1897 bei den Unterhandlungen mit der eben geborenen russischen Sozialdemokratie verlangte, die letztere solle die Abtrennung Polens von Rußland in ihr Programm aufnehmen, hat die Polnische Sozialistische Partei dadurch nur ihre unglaubliche wirtschaftliche und politische Unwissenheit zum Ausdruck gebracht. Nicht die Abtrennung allein, sondern schon die Aufrichtung einer Zollgrenze zwischen Rußland und Polen, würde hunderttausenden polnischer Familien Existenzvernichtung und Hunger bringen.“

Derartige Stimmen, die in Rußland aus Kreisen kamen, die dort am stärksten zum Kriege drängten, beweisen, daß Polen vom russischen Standpunkt durchaus nicht so organisch mit Rußland verbunden war und seine Abtrennung kein Friedenshindernis bilden konnte, was die Publizisten der „Voss. Zeitung“ uns unermüdlich glaubhaft zu machen suchen.

sche Staatsgewalt bis zu jedem einzelnen Individuum in Polen, die ganzen Lebenserfahrungen desselben, den ganzen Prozeß seiner sozialen Arbeit, sowohl materiell wie geistig, umfassend; diesem Einzelindividuum überließ sie kaum einen kleinen Teil seiner persönlichen Interessen. So kam es, daß mit den staatlichen Institutionen der polnische kollektive Wille, die polnische kollektive Tat verloren ging.

Nachdem Rußland so nach jahrhundertelangen Bemühungen endlich in den unmittelbaren Kontakt mit jedem einzelnen Polen im Königreich getreten war, begann es seine individuelle Seele umzuformen, seine Empfindungen, Gedanken, Bestrebungen in der Linie der russischen Absichten zu erziehen. Es bemühte sich, alle Spuren der nationalen Selbständigkeit bei den Polen zu verwischen und an Stelle der so zum Verschwinden gebrachten psychischen Besonderheiten in ihm das Bewußtsein der Einheitlichkeit und Harmonie mit den Russen aufzubauen, damit die allgemein russischen politischen Ideen desto leichter bei der polnischen Seele Eingang finden könnten.

Und diese Arbeit an der Assimilation der polnischen Psyche führte Rußland nicht nur aus Rücksicht auf die inneren Verhältnisse des Staates, es handelte sich nicht allein um die gegenseitige Anpassung der verschiedenartigen Elemente im Kaiserreich, sondern Rußland ließ sich auch von der Rücksicht auf die äußeren internationalen Beziehungen leiten. Es handelte sich für Rußland darum — nach der Vernichtung der Organe der polnischen staatlichen und nationalen Besonderheit, die allgemein russischen Institutionen Platz machten, wodurch angeblich Rußland der Besitz der westlichen Gouvernements gesichert wurde — nunmehr in jedem für die auswärtige russische Politik geeigneten Augenblick die Möglichkeit zu haben, den zur Ohnmacht verurteilten polnischen Massen im Königreich eine den Zwecken der russischen Staatlichkeit angepaßte politische Ideologie aufzudrängen. Außerdem handelt es sich für Rußland darum, in den Momenten der Verwirklichung seiner staatlichen Aufgaben die Möglichkeit haben zu können, ohne Protest von seiten der polnischen Nation, auf die Wagschale nicht nur die physischen Kräfte der polnischen Massen werfen zu können, sondern auch ihre geistigen Kräfte, die polnischen Imponderabilien.

* * *

Auf diesem polnischen Boden, aus dem alle Elemente einer staatlichen Besonderheit ausgerodet wurden, unter diesen Menschen, bei denen der Instinkt der polnischen Staatlichkeit erloschen war und der allgemein russischen staatlichen Idee Platz gemacht hatte, erschien ein Mann, für den die Idee des neuen polnischen Staates den höchsten Lebenswert der Nation bedeutete, der seinem Leben als Ziel setzt nicht allein die Erweckung der Polen zur nationalen Freiheit, wie es in heldenhafter Weise die Polnische Sozialistische Partei getan hatte, sondern der auch die Einführung und Festigung der Elemente der staatlichen Besonderheit anstrebt.

Dieser Mann war Władysław Studnicki.

Menschen, aus deren Herzen und Gehirn jeder Gedanke an den polnischen Staat herausgerissen war; Menschen, die in dieser Hinsicht jede Hoffnung aufgegeben hatten; Menschen, bei denen diese Resignation auf die staatliche polnische Idee fast zur nationalen Tugend, zur politisch-diplomatischen Klugheit geworden war, die sich und anderen einredeten, daß das polnische Volk sich nur auf diese Weise erhalten kann, mit einem Wort: Menschen, die passiv waren und nach Passivität verlangten — warf Studnicki ins Antlitz sein „Programm der Partei der polnischen Staatlichkeit", das leider bei einem Volk, dem das Bedürfnis nach einem eigenen Staate so ziemlich verloren gegangen war, geringen Eindruck machte.

„Eine Nation" — sagt er in seinem Programm —, „die während langer Jahrhunderte der staatlichen Existenz entbehrte, verwandelt sich in ein ethnographisches Material, wird zum Fraß der Staatsvölker." Und umgekehrt: „nur durch einen Staat können sich ethnographische Materialien, Stämme und Nationen in ein Volk verwandeln." Je länger also Polen im Zustand eines staatlich unorganisierten Körpers verbleibt, desto größer ist die Gefahr, zur Bedeutung eines ethnographischen Stammes herabzusteigen. „Ein Volk ist ein Produkt eines jahrhundertlangen staatlichen Lebens", — daher erfaßte ihn Sorge,

als er den Assimilierungsprozeß sah, der sich im Königreich Polen bei der polnischen Nation im Sinne der russischen Staatlichkeit abspielte. Ueber die Wahlen zur russischen Staatsduma schrieb er seinerzeit: „Jeden Tag erfüllen wir Pflichten, die sich aus dem Zustand unserer Unfreiheit ergeben: Wir zahlen dem Zarenreiche Steuern, stellen Rekruten, rufen die Hilfe der russischen Gerichte und Verwaltungsbehörden an, jetzt kommt dazu noch eine neue Erscheinung — unsere Teilnahme an der Staatsduma. Die Wähler und Gewählten treten in der Rolle von Gefangenen der Nachfolger Katharinas II. auf, als Gefangene, die sich mit ihrer Unfreiheit ausgesöhnt haben." An einer anderen Stelle sagt Studnicki zu dem gleichen Thema: „Völker formen sich aus Stämmen durch gemeinsame Geschichte. Wenn Warschau gemeinsam mit Saratow und Samara und anderen russischen Städten hinauszieht, um den gemeinsamen Kampf für die Verfassung Rußlands auszufechten, so haben wir hier gemeinsame Taten, die aus uns e i n e n politischen Körper machen, die uns zu politischen Russen umgestalten."

Den Anhängern des Programms der organischen Arbeit und allen jenen, die ihre Resignation durch die Behauptung rechtfertigen, daß Rußland Polen wirtschaftlich unterwerfen könne, stellt er in seinem Programm folgende Erklärung entgegen: „Heute ist der Staat eine unentbehrliche Waffe der Nation im internationalen wirtschaftlichen Kampf. Die wirtschaftlichen Funktionen des Staates wachsen; sie dienen vor allem der Nation, auf die sich der Staat stützt, und sie richten sich oft gegen ein unterworfenes Volk, degradieren das letztere auf ein niedrigeres wirtschaftliches Niveau und formen es in den fünften Stand anderer Nationen um."

„Unsere Nation kann nur dann erhalten bleiben, wenn sie sich die Notwendigkeit des Kampfes um die s t a a t l i c h e E x i s t e n z zum Bewußtsein bringt."

„Wir brauchen eine Partei, die den entschwindenden s t a a t l i c h e n I n s t i n k t in unserer Nation wiedererweckt, in dem sie die Bedeutung des S t a a t e s für die nationale Existenz und Entwicklung nachweist."

* * *

In dieser Hinsicht ist Studnicki einer der bedeutendsten Männer, die Polen in dem letzten Jahrzehnt 1904 bis 1914 hervorgebracht hatte. Ein anderer Mann dieser Art, wenn auch auf ganz anderem Gebiete, war Josef Piłsudski *). Beide charakterisiert das, daß sie während des obigen Zeitabschnittes zwei neue schöpferische Ideen in das politische Denken der Polen hineingetragen haben. Der erstere — d i e I d e e d e s p o l n i s c h e n S t a a t e s in der allgemeinsten Form, der zweite — d i e I d e e d e s p o l n i s c h e n S o l d a t e n. So wie es sich bei dem ersteren darum handelte, aus der allgemeinen russischen Staatlichkeit die materiellen und geistigen polnischen Kräfte zu eliminieren, die dort gänzlich und „ohne Einschränkungen" hineingetreten waren, so handelte es sich bei dem zweiten um die Eliminierung aus der allgemein russischen Armee, zu deren Bestand auch das Menschenmaterial aus dem Königreich Polen gehörte, derjenigen Polen, die russische Soldaten waren, um aus ihnen polnische Soldaten, eine polnische Armee und ein Organ der polnischen Idee zu schaffen. Beider Tätigkeit bestand darin, a u s d e m a l l g e m e i n r u s s i s c h e n N e b e l d a s p o l n i s c h e E l e m e n t h e r a u s z u z i e h e n, e s m i t e i n e r n e u e n I d e e z u b e l e b e n, d a s B e w u ß t s e i n d e r b e s o n d e r e n I n d i v i d u a l i t ä t i n i h m z u w e c k e n, e s z u T a t e n, z u r V e r w i r k l i c h u n g d e s e i g e n e n S t a a t e s a n z u f e u e r n. Ein Prozeß, wie wir sehen, direkt entgegengesetzt demjenigen, den Rußland 75 Jahre hindurch im Königreich geführt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

---

*) Die Bedeutung, welche Pilsudski für eine gemeinsame groß angelegte deutsch-polnische Aktion hätte haben können, werden wir auf den Spalten der „Poln-Bl." noch würdigen. Hier nennen wir nur die 3 Faktoren, die die von ihm hervorgerufene Bewegung zum Fall gebracht haben: 1. Dynastische Politik Oesterreich-Ungarns, 2. Preußische Landrats- und Kreischefs-Politik und 3. der polnische Passivismus.

# Zur Frage der vermeintlichen polnischen Staatsschulden.*)

Von Henryk Tennenbaum.

Die „Neue Freie Presse" vom 4. Mai d. J. bringt eine Betrachtung zu der Frage der Belastung des Königreichs Polen mit einer Staatsschuld von 19 Millionen Kronen für den Fall der austro-polnischen Lösung des polnischen Problems.

Der Verfasser argumentiert folgendermaßen: Die Kriegslasten dürfen nicht ausschließlich die Landwirtschaft und die Industrie der Monarchie belasten, sondern sie müßten auch proportional auf die einzelnen Kronländer verteilt werden, weil im entgegengesetzten Falle der Landwirt und der Industrielle in Polen sich in bedeutend günstigerem Verhältnis befinden würde. Der österreichische oder der deutsche Industrielle wird eine beträchtliche Steuerlast tragen müssen, so daß der polnische Industrielle, falls Polen nicht einen bedeutenden Teil der Kriegsschuld übernimmt, seinem mitteleuropäischen Konkurrenten gegenüber ein beträchtliches Uebergewicht haben würde.

Die vorstehende Argumentierung hält der Kritik nicht stand. Denn worin besteht die Kunst, alljährlich Schulden in Höhe von mehreren zehn Milliarden Mark, Kronen, Franken usw. aufzunehmen? Die kriegführenden Mächte haben eine außerordentlich intensive Kriegswirtschaft bezw. Kriegsindustrie geschaffen. Die Industrie erhielt zu sehr hohen Preisen Aufträge, die Arbeiter erhielten sehr hohe Löhne. Andererseits wieder wurde die Produktion für die nicht kriegerischen, bezw. privaten Zwecke zu einem Minimum reduziert. Sowohl der Mangel an Rohstoffen, Kohle, Schmiermaterialien usw., wie auch die Schwierigkeit, eine ausreichende Arbeiterzahl zu erhalten, zwang zur Verringerung der Produktion für die privaten Zwecke. Es hat sich dann folgende Situation herausgebildet: Der Arbeiter konnte, trotz seiner hohen Verdienste, weder Fleisch noch Zucker, weder Wäsche noch Kleidung über das vorgeschriebene Maß hinaus erwerben. Die Produktion von Luxusartikeln hat natürlich ganz aufgehört. Der Industrielle konnte seinen Gewinn weder in neuen Unternehmungen anlegen noch in der notwendigen Erneuerung seiner industriellen Anlagen, weil die Gründung neuer und die Erweiterung bestehender Unternehmungen nur dann erlaubt war, wenn die Notwendigkeiten der Kriegsproduktion dies erforderten. Die Gewinne der Industriellen, Arbeiter, Landwirte fanden keine anderen Anlagemöglichkeiten, wie in Kriegsanleihen, die Emission anderer Papiere ist ohne Erlaubnis des Reichsschatzsekretariats verboten; diese Genehmigung aber wird sehr selten erteilt und auch dann nur, wenn Kriegsnotwendigkeiten es gebieten. Wenn also Oesterreich-Ungarn und Deutschland ihre Schuldenlast bis 100 Milliarden Kronen und 80 Milliarden Mark gebracht haben werden, so besitzt andererseits wieder die Bevölkerung dieser Staaten, also Industrielle, Landwirte und Arbeiter, Staatsanleihen in der gleichen Höhe. Wenn man annehmen wollte, daß diese Anleihen sich ganz gleichmäßig verteilen und z. B. 70 Milliarden Mark auf 70 Millionen deutsche Staatsbürger gleichmäßig entfallen, so besäße jeder deutsche Staatsbürger für 1000 Mark Staatsanleihe und erhielte aus dieser Veranlassung alljährlich etwa 50 Mark an Zinsen. Wenn das deutsche Schatzamt eine jährliche Kopfsteuer von 50 Mark einführen würde, so würde die Zinsenlast, die alle Feuilletonisten und wirtschaftliche Ignoranten in solche Verzweiflung bringt, in ein Nichts zusammensinken, weil, im Grunde genommen, das Schatzamt das, was es mit der einen Hand nimmt, gleichzeitig mit der anderen Hand wieder zurückgibt. Natürlich stellt sich die Sache nicht so einfach dar, weil die Anleihen nicht gleichartig untergebracht sind und der Besitzstand in den kriegführenden Ländern sich beträchtlich zugunsten derjenigen Schichten verändert hat, die imstande waren, Kriegsanleihen zu erwerben, also vor allen Dingen zugunsten der Kriegsindustrie und der Landwirtschaft, zum Schaden der Beamtenschaft, der früheren Rentner und der Handelskreise, deren Wirkungsfeld infolge der staatlichen Reglemen-

---

*) Vergl. den Aufsatz: Ueber die beabsichtigte Belastung des Königreichs Polen mit einem Teil der Kriegsschuld Oesterreich-Ungarns von K. Olszowski in Heft 101 und 102 der „Polnischen Blätter", der die Unzulässigkeit dieser Belastung aus den Verhältnissen, wie sie vor dem Kriege sich in Polen herausgebildet haben, nachweist. Die Redaktion.

tierung des Handelsumsatzes beschränkt ist. Die Nationalwirtschaft als Ganzes kann bis ins Unendliche ohne die geringste Gefahr belastet werden, wenn die Anleihen im Lande selbst untergebracht werden. Heute kommt die Verschuldung Oesterreich-Ungarns schon dem Nationalreichtum dieses Staates vor dem Kriege gleich und, falls der Krieg noch einige Jahre weiter dauert, so können wir noch den Fall erleben, der den wirtschaftlichen Analphabeten als wundervoller Nonsens vorkommt, daß nämlich die Verschuldung des Staates den Wert des Nationalreichtums übersteigt. In dieser Weise argumentierend, können wir zu der Schlußfolgerung gelangen, daß das Vermögen Oesterreich-Ungarns ganz verschwunden sei, daß Oesterreich-Ungarn lediglich Schulden besitze und daß es, im Falle einer Angliederung Polens, diesem Lande alles fortnehmen muß, um die beiderseitigen Produktionsbedingungen auszugleichen.

Die Produktionsbedingungen in Polen und Oesterreich-Ungarn werden nur dann ausgeglichen sein, wenn Polen keine Schuld auferlegt wird oder wenn Oesterreich-Ungarn gleichzeitig mit der Belastung Polens mit 19 Milliarden seiner Kriegsschulden, diesem Lande auch unentgeltlich 19 Milliarden seiner Kriegsanleihen zur Verteilung auf die polnischen Staatsbürger überläßt. Im entgegengesetzten Falle nämlich würde Oesterreich-Ungarn mit 80 Milliarden Kronen, Polen mit 19 Milliarden Kronen belastet sein, aber die Bevölkerung Oesterreich-Ungarns würde für 99 Milliarden Kronen Kriegsanleihe besitzen, die Bevölkerung Polens dagegen gar nichts. Es fällt uns schwer, dies einen Produktionsausgleich zu nennen. Ein Produktionsausgleich könnte nur dann vorliegen, wenn die Bevölkerung Oesterreich-Ungarns bei 80 Milliarden Staatsschulden für 80 Milliarden Kriegsanleihe besäße, die Bevölkerung Polens aber bei 19 Milliarden Kronen Staatsschulden 19 Milliarden Kronen österreichisch-ungarische Kriegsanleihe.

Da nun aber das österreichisch-ungarische Schatzamt wahrscheinlich keine Absicht hat, dem polnischen Schatz 19 Milliarden Kronen seiner Kriegsanleihe unentgeltlich zu überlassen, so würde die Belastung Polens mit 19 Milliarden Kronen Kriegsschuld etwas einseitig sein. Polen wäre gezwungen, zugunsten Oesterreich-Ungarns alljährlich eine Milliarde Kronen aufzubringen. Die in Polen als Steuern erhobenen Beträge würden in Oesterreich-Ungarn in Verkehr gebracht werden.

Es ist nicht zulässig, keine Unterschiede zwischen der äußeren und inneren Verschuldung zu machen. Die innere Verschuldung wird für die Nationalwirtschaft des in Frage kommenden Landes zu einem Nichts reduziert. Die äußere Verschuldung ist ein Tribut, den das eine Land zugunsten des anderen bringen muß. Da nun die polnische Wirtschaft während des Krieges stillgelegen hat, und wir keine Gewinne und Verdienste zu buchen hatten, so besitzen wir auch weder Schuld noch Anleihen. Die Verschuldung Polens kann also aus der Veranlassung dieses Krieges nur eine äußere sein. Die Verschuldung der Zentralmächte ist fast ausschließlich eine innere, weil diese keinen ausländischen Kredit in Anspruch genommen haben. Die äußere und innere Verschuldung der verschiedenen Länder muß besonders betrachtet werden. Die Belastung Polens mit einer äußeren Schuld nach dem Programm der inneren Schuld Oesterreich-Ungarns ist ein Einfall, der keiner Kritik standhalten kann, wenn man ihn mit der Notwendigkeit des Ausgleichs der Produktionsbedingungen begründet. Hinzugefügt muß noch werden, daß der größte Teil der Kriegsanleihen der Zentralmächte sich gerade im Besitz der Landwirtschaft und der Industrie befindet, was gleichbedeutend ist mit der Tatsache, daß diese Kriegsanleihe keine Belastung, sondern mehr eine Einnahmequelle gegenüber allen anderen Bevölkerungsschichten darstellt.

Wir beschränken uns heute lediglich auf wirtschaftliche Gründe und wollen die Berechtigung staatsrechtlicher Argumente hier nicht in Betracht ziehen.

---

# Und wenn wir also wiederkehren.

Von Maryan Dunin Majewski

Sergeant der Polnischen Legionen.

Marmaros Sziget, im Juni 1918.

Wir werden einmal wiederkehren
Arm und sonder Ehren,
Wir Bettler kehren heim.
Und haben doch geträumt aus blutigen Qualen
Den Traum von lichten Siegesstrahlen. . . .
Dafür soll Gott uns Zeuge sein!

Wir zogen aus, bereit dahinzugeben
Unser Blut und unser Leben
Für dich, du heilig' Land,
Und trugen unentwegt auf Schicksalswegen
All unser Hoffen dir entgegen. . . .
Unser Herz hat Gott gekannt!

Und wenn wir also wiederkehren
Arm und sonder Ehren
Zu euch nach bösem Streit,
So sollt ihr nicht darob uns schelten:
Gott ließ es zu, er wird's vergelten. . . .
Dereinst übt Gott Gerechtigkeit!

Uebertragen von Jean Paul von Ardeschah.

# Dąbrowski als Heerführer.

Von Maryan Kukiel*).

Das Lied der Legionen hat den Namen ihres Heerführers mit dem Namen Czarnieckis verbunden. Als Vorbild verehrte der General besonders den französischen Heerführer Turenne, einen Zeitgenossen und Geistesverwandten von Czarniecki. Aber später erscheint der Name Czarnieckis immer öfter im Munde des Generals, den das Schicksal als den eigentlichen Nachfolger Czarnieckis ausersehen hatte. Beide alten Heerführer zogen Dąbrowskis Gedanken an, nicht allein wegen ihrer ritterlichen Tugenden, unerschütterlichen Tapferkeit, Pflichttreue gegenüber dem Vaterland und erfolgreicher Verteidigung desselben. Ihm war es zugefallen, unter ähnlichen Bedingungen wie jene, besonders wie Czarniecki, zu wirken. Als gründlicher Kenner der damaligen Krise hat Dąbrowski vielleicht von Turenne gelernt, wie man große Eilmärsche durchführt, unerwartete Manöver, plötzliche Ueberfälle unternimmt, wie man zahlenmäßige Schwäche durch schnelle und für den Gegner unerwartete Bewegungsoperationen ausgleichen kann. Aber, ob bewußt oder unbewußt, schon im Jahre 1794, in seiner ersten selbständigen Kampagne, wandelte er in den Spuren Czarnieckis; er verteidigte die im Sterben liegende Republik wie Czarniecki in den Jahren 1655 bis 1656, als er Karl Gustav durch den „gezupften Krieg" belästigte; als er,

*) Der Verfasser obigen Aufsatzes, Dr. Maryan Kukiel, ist Major der polnischen Wehrmacht und einer der tüchtigsten Stabsoffiziere derselben. Er hat den Feldzug bei den Legionen von Anfang an mitgemacht und hat es von einem einfachen Soldaten zum Major gebracht.

dem Frontalkampf ausweichend, nacheinander Angriffe unternahm und siegte, immer dort, wo man ihn nicht erwartet hatte; als er, seine Bewegung meisterhaft maskierend, durch Ueberraschungsmanöver seine geringeren Kräfte mehrfach vervielfachte; als er vor allen Dingen immer den Gegner an sich band, ihn von seinen beabsichtigten Operationen ablenkte und die Schläge, die den Hauptkräften zugedacht waren, auf sich zog: Czarniecki — statt der königlichen Armee, Dąbrowski — statt der Armee des Diktators [1]).

Der Verfasser des schönen, gründlichen und in militärisch-historischer Hinsicht wertvollen Buches über den Militärdienst Dąbrowskis, „Gegen das Ende der Tage der Republik" (Skałkowski), hat ausführlich geschildert, welche Doktrinen und welche strategischen Methoden Dąbrowski sich in seinem langen sächsischen Dienst erwerben, sich auf Grund seiner umfassenden historischen und militärischen Studien aneignen konnte [2]).

Den Ausführungen Delbrücks folgend, hat der polnische Gelehrte jene Doktrinen und Praktiken, die sich während der Kriege des 17. und 18. Jahrhunderts herausgebildet hatten, jene methodische Strategie dargestellt, die sich auf dem Magazinsystem gründet; eine vorsichtige und überlegende Strategie, die günstige Positionen, geschickte Manöver überaus schätzt und jede Bedrohung der eigenen Verbindungen und Zufuhren außerordentlich fürchtet; die einen Angriffskrieg ungern wagt, der bei zahlenmäßiger Schwäche ausgehobener Truppen im günstigsten Falle meistens einen Pyrrhussieg und schwer zu ersetzende Verluste bringt. Diese Strategie nannte Delbrück Ermattungsstrategie, im Gegensatz zur Napoleonischen Niederwerfungsstrategie. Die Ermattungsstrategie geht, wie ein anderer Forscher richtig festgestellt hat, bei schwachen Generälen in matte Strategie über. Aber nicht allein bei Generälen schwachen Charakters und schwachen Willens wird die Ermattungsstrategie zur matten Strategie. Friedrich der Große selbst lehrte: „ohne wichtige Gründe solle sich der Führer nicht zu Schlachten hinreißen lassen, in denen der Tod seine fürchterliche Ernte hält". Dieser große Heerführer hat seinen letzten Krieg, den sogenannten bayerischen Erbfolgekrieg, so geführt, daß keine einzige Schlacht geliefert wurde, und eben auf diesen Krieg ohne Blut und ohne Ruhm blickte der junge Dąbrowski! Alles dies ist zweifellos richtig, aber man muß von vornherein die Einschränkung machen, daß jene mit der Verfassung der damaligen Heere verbundene systematische Methode immer nur unbedeutendere Führer hinderte und beschränkte. Der Verfasser der bekannten „General-Prinzipia des Krieges", Friedrich II. selbst, ließ sich am wenigsten in seinem Vorgehen durch „Prinzipien" behindern, er war die Verkörperung der unermüdlichen Tätigkeit, die er auch von den ihm unterstellten Generälen verlangte. Turenne, einer der größten Vertreter derjenigen großen Kunst des Kriegführens, die sich auf das Magazinsystem stützte, verstand es, seine Magazine und Verbindungswege zu verlassen, die Truppen durch Requisitionen zu ernähren und große Märsche wie unser Czarniecki zu unternehmen! Und Czarniecki selbst, auch ein Anhänger der großen Ermattungsstrategie, Meister des „gezupften Krieges", er, der den König Johann Kasimir davon ablenken wollte, den Schweden bei Warschau eine Schlacht zu liefern, hat nicht allein gar nicht gewußt, was jene Kette an den Füßen in Gestalt der Magazine bedeutet, er konnte unbekümmert den eigenen Lagertroß zurücklassen, sondern er kümmerte sich auch nicht im geringsten um irgendwelche Verbindungswege, irgendwelche Rückzugsstraßen und war unglaublich kühn in seinen Manövern. Trotz aller Vorsicht bei Vorbereitung eines Angriffs, verstand er es auch, mit unglaublichem Mut, unter schwierigsten Bedingungen, über Flußläufe und Seebuchten, sich auf den Feind zu werfen. Unser Dąbrowski entnahm aus der Geschichte der Kriege die Kunst, frei, verständig und vorsichtig, aber zugleich kühn zu handeln.

Dąbrowski verfiel nicht in die Fesseln seelenloser Doktrinen über den unbedingten Wert starker Positionen. Er glaubte nicht, daß ein zeitweise von seinen Magazinen entferntes oder abgeschnittenes

---

[1]) Vergleiche die ausgezeichnete Schilderung dieser Taten in dem hervorragenden Werk von Kubala: „Der Brandenburgische Krieg und der Einbruch des Rakoczy". Lemberg 1918, mit der Beschreibung der Kampagne in Groß-Polen im Jahre 1794 in der Monographie von Skałkowski: Jan Henryk Dąbrowski. Warschau 1904.

[2]) Skałkowski, Seite 35—39.

Heer durchaus der Auflösung und Vernichtung verfallen müsse. Den Wert zielbewußter, sorgfältig berechneter, geschickt maskierter und energisch durchgeführter Bewegungen sehr hoch schätzend, fürchtete er dennoch nicht das Risiko einer Schlacht. Allerdings hat weder seine Ausbildung als Heerführer noch die Verhältnisse, unter denen er wirkte, aus ihm den Vertreter einer neuartigen, entscheidende Schlachten suchenden Strategie gemacht; dies war auch nicht möglich. Die Verhältnisse zwangen ihn meistens, sich auf die „Ansammlung kleiner Erfolge zu beschränken, die, zusammengefaßt, einem großen Erfolge gleichkommen", sowie darauf, „dem Gegner Respekt abzunötigen und ihm Furcht vor unserer Waffe einzuflößen" [3]).

Gelehrt, bedachtsam, sorgfältig in allen seinen Unternehmungen, ein Meister des „gezupften Guerilla-Krieges" in den Jahren 1794, 1807, 1809, 1812 und 1813, ungewöhnlich vorsichtig, wenn er frische und ungeübte Truppen führte, wie es 1794, 1807 und 1809 war, nur dann zum Angriff bereit, wenn er seiner Uebermacht sicher war und seinen Angriffsplan gründlich ausgearbeitet hatte (Bromberg, Tczew), vorsichtig bei Verwendung junger Truppen im Getriebe einer Hauptschlacht (Friedland), konnte jedoch Dąbrowski, wenn es nötig war, sein Heer rücksichtslos, bis zum letzten Blutstropfen ausnützen (Trebia, Beresina, Leipzig).

Daß seine Gedanken durch die Vorurteile des Magazinsystems nie beschränkt wurden, bezeugen schon seine kühnen Pläne im Jahre 1793 und 1794, die Pläne des Durchmarsches der polnischen Truppen nach Frankreich, durch die weiten feindlichen Länder. Hier ließ ihn Methode — Zeit, Entfernung, Stärke des Feindes berechnen; für die Ueberwindung anderer Hindernisse verblieb ihm seine Energie und seine Tapferkeit [4]). Aber diese Pläne blieben unausgeführt. Zur vollendeten Tat wurde dagegen die Kampagne in Groß-Polen 1794, im Rücken des Gegners unternommen, mit vollständiger Aufgabe eigener Verbindungen durchgeführt, wobei die Rücksicht auf die Verbindungswege die Energie und Unternehmungslust des Führers nicht paralysierten. In welch hohem Grade übrigens, entsprechend den Grundsätzen Friedrich des Großen, für Dąbrowski die Schlacht untrennbar verbunden war mit den vom Führer aufgestellten strategischen Zielen, bezeugen die scharfsinnigen Bemerkungen, die Dąbrowski am dritten Tage der Schlacht bei Trebbia, zum Angriff auf den linken Flügel, der österreichischen Armee kommandiert, seinem französischen Oberkommando übermittelt hat: „Ich habe gesagt, daß ich mich wundere, daß wir den rechten feindlichen Flügel nicht mit unseren sämtlichen Kräften angreifen und unseren rechten Flügel nicht entsprechend maskieren und zurücknehmen; denn wenn wir den rechten feindlichen Flügel zurückstoßen, wird er weichen müssen und sich nicht zwischen uns und Padua stellen können. Wenn wir seinen rechten Flügel mit unseren sämtlichen Kräften angreifen, so können wir ihn zurückstoßen und dadurch Verbindung mit Bobbio gewinnen, wo sich General Lapoype mit der Armee des Generals Moreau befinden soll. Angenommen nämlich, daß wir den Feind durch Frontalangriff besiegen, so wird er sich auf weitere rückwärtige Positionen zurückziehen, die sich parallel seinen gegenwärtigen hinziehen; wir werden viel Menschen und Zeit verlieren und können uns nicht so leicht mit der italienischen Armee verbinden" [5]). Aus diesen Bemerkungen ergibt sich der Plan einer Schlacht, die ganz im Sinne der siegreichen Schlachten Friedrich des Großen gedacht war:

Schräge Schlachtordnung, das Bestreben, einen der feindlichen Flügel durch Uebermacht zu erdrücken und den anderen eigenen Flügel zurückzunehmen (refuser); das Bestreben, den Gegner durch diesen Flügelangriff aus seiner Operationsbasis in eine für ihn möglichst ungünstige Richtung zu drängen; mit einem Wort, die sorg-

[3]) Friedrich der Große: „General-Prinzipia des Krieges".

[4]) Vergleiche bei Clausewitz „Vom Kriege": „Dem Mut gebührt im Kriege ein besonderer Vorrang. Außer den Ergebnissen der Berechnung von Raum, Zeit und Stärke muß noch ein gewisser Prozentsatz dem Mut zugute gerechnet werden, ein Prozentsatz, der überall, wo er seiner Ueberlegenheit bewußt wird, diese der Schwäche des Gegners entnimmt. Der Mut ist daher wirklich eine schöpferische Kraft."

[5]) Kriegstagebuch der Division Dąbrowskis im Jahre 1799 (in französischer Srache), das mir Herr Professor Szymon Askenazy gütigst zugänglich gemacht hat.

fältigste Ausnützung der Angriffsrichtung (économie de directions, wie es die Franzosen nennen).

Zur selbständigen Erprobung seiner strategischen Fähigkeiten in einem großen Kriege hatte Dąbrowski keine Gelegenheit; weder in den zahlreichen italienischen Kampagnen, wo er hauptsächlich zu Operationen zweiten Ranges demonstrativer Art, oder zur Bindung des Gegners benutzt wurde, — noch im eigenen Lande, wo er im Jahre 1807 die Aktion in Westpreußen leitete, im Jahre 1809, an der Spitze einer neu aufgestellten Division, einen Flügel des erzherzoglichen Heeres bedrohte, im Jahre 1812 Bobrujsk und den Uebergang aus Podlachien nach der Ukraina beobachtete und die rückwärtigen Verbindungen der großen Armee deckte, oder schließlich im Jahre 1813, wo er in Sachsen bei Wittenberg operierte. Ihm wurde im Jahre 1809 der ausgezeichnet durchdachte, sowohl kühne wie erfolgreiche Plan einer polnischen Offensive auf dem rechten Weichselufer zugeschrieben, der Plan der Uebertragung des Krieges auf das Gebiet des Feindes; die Verwandtschaft dieses Planes mit den früheren Projekten und Unternehmungen Dąbrowskis aus den Jahren 1793 bis 94 läßt allerdings vermuten, daß sein Geist bei den Entschlüssen zu jenen Unternehmungen mitgewirkt hat. Allein nicht ihm war die Durchführung dieses Planes zugefallen, das Los des Krieges wies ihm stets den Kleinkrieg, den Guerillakrieg zu, und in diesem war und blieb er Meister.

Der Ruhm des alten Führers wurde vorübergehend getrübt durch den Verlust von Borisow, das er am 20. November 1812 verteidigte. Borisow, der Uebergangspunkt über die Beresina beim Rückzug der großen Armee, wurde viel zu spät durch die Truppen Dąbrowskis gedeckt, und diese Verspätung von einigen Stunden hat die Niederlage verursacht[6]). Ob Borisow mit dem zur Verteidigung gänzlich ungeeigneten Brückenkopf zwei Tage lang, bis zur Ankunft Oudinots, hätte gehalten werden können, bleibt zweifelhaft. „Was bedeuteten unter diesen Verhältnissen" — sagt der deutsche Militärhistoriker — „die geringen Kräfte, die der General (Dąbrowski) dem anrückenden Heere Tschitschagews entgegenstellen konnte" [7]). „Die Besatzung des Brückenkopfes wurde nach langer tapferer Verteidigung überwältigt und fast ganz vernichtet." Die Reste der Division Dąbrowskis retteten die Ehre durch Teilnahme an dem tödlichen, aber siegreichen Kampfe am 28. November bei Stachow an der Beresina, wo der Führer der Legionen zum fünften Male in seiner ritterlichen Laufbahn verwundet wurde.

Nicht der geringste Schatten fällt auf die letzte Kampagne Dąbrowskis im Herbst 1813, auf die gewissermaßen der Glanz der westlichen Sonne fällt. Die Kämpfe seiner schwachen Division am 16. Oktober mit dem Korps Langeren um Wiederitsch, am 18. mit Sacken um die Hallesche Vorstadt — wurden ehrenvoll gewürdigt durch den preußischen Militärhistoriker dieses Krieges in zwei höchst gewissenhaften unparteiischen Werken [8]).

Diese Verteidigung der nördlichen Front von Leipzig, ausdauernd, hartnäckig und erfolgreich, war gewissermaßen die Wiederholung der Verteidigung der nördlichen Front von Warschau im Jahre 1797; zwei Kriegsepisoden, in denen Dąbrowski, in schwierigster Lage, unerschütterliche Kraft des Geistes, unvergleichliche Widerstandsfähigkeit bewiesen hat, eröffnen und schließen das Geschichtsblatt dieser berühmten Laufbahn eines Heerführers.

Ueber Dąbrowski als Heeresorganisator, als Soldatenerzieher, wurde in der polnischen Militärzeitschrift „Bellona" das Erforderliche bereits gesagt [9]). Aber sein Bild als Führer bliebe unvollständig, wenn wir nicht auch seine Kunst, die Soldaten hinzureißen und ihre Tapferkeit in der Schlacht anzufeuern, erwähnen würden. Wenn wir es nicht erwähnen würden, wie er es verstanden hat —

[6]) Die späte Ankunft Dąbrowskis — in der Nacht zum 20. November — erschwerte ihm die Orientierung in der Umgebung, die Sicherung des Brückenkopfes und die zweckmäßige Verteilung der Truppen; außerdem hatte er in Borisow nur einen Teil seiner Division zur Verfügung, der Rest befand sich erst im Anmarsch und hatte auf den Verlauf des Kampfes keinen Einfluß.

[7]) Osten-Sacken: Der Feldzug von 1812. Berlin 1911. S. 241.

[8]) Frederich: Geschichte des Herbstfeldzuges 1813 Teil II, und Herbstfeldzug 1813.

[9]) Den betreffenden Aufsatz aus der „Bellona", von Prof. Tokarz, werden wir demnächst in den „Poln. Blättern" bringen. Die Redaktion.

im Gewimmel der Schlacht an der Trebbia, unter unaufhörlichen Angriffen der feindlichen Reiterei, seine Karrees zu formieren; wie er im Jahre 1807 es verstanden hat, dem jungen Soldaten das Vertrauen auf sein Bajonett einzuflößen, und wie er persönlich, im Kugelregen, seine Rekruten zum Sturm auf die Mauern Tczews führte; wie er im gleichen Jahre durch seine unerschütterliche Willenskraft die Ausdauer der ermüdeten und verhungerten Soldaten in dem Marsch bei Friedland aufrecht erhielt; wie er auf der Halleschen Vorstadt 1813 in der größten Gefahr Vorbild unerhörter Todesverachtung und unvergleichlicher Ruhe war. „Der Mut" — sagt Clausewitz — „ist immer eine der ersten Tugenden des Soldaten, aber in denjenigen Kreisen, wo die hohe Verantwortung herrscht, kann der Mut nur bestehen, wenn ihn ein tüchtiger Kopf stützt. Und darum kommen sehr viele tüchtige Soldaten nur soweit, daß sie eben mutige und unternehmende Führer sind." Bei Dąbrowski hielt der persönliche Mut einem tüchtigen klugen Kopf die Waage. Die Untergebenen verehrten „das Herz und den Kopf des Generals", und der polnische Soldat wird trotz aller Aenderungen der Kriegsmethoden und der Kriegskunst immer dieses Herz des harten Soldaten, diesen Kopf des großen Heerführers verehren und lieben.

# Das Grodnoer Land.

(Eine historisch-ethnographische Studie.)

Von Edward Maliszewski.

Das Gouvernement Grodno, das von Druskienniki im Norden bis über Włodawa hinaus im Süden die östliche Grenze des Königreichs Polen berührt, deckt an dieser Seite vollständig zwei Gouvernements: Siedlec und Lomża und außerdem einen Teil des Gouvernements Suwałki. Das Gouvernement Grodno ist ein Gebiet, das in physischer, ethnographischer und in jeder anderen Beziehung mit dem Königreich Polen gleichartig ist. Nur ein etwas kleinerer Prozentsatz der katholischen Bevölkerung und der etwas düstere, mehr waldige Charakter mancher Gegenden zeugen davon, daß wir hier schon ein zwar nahe gelegenes, aber anderes Terrain betreten, das Terrain des ehemaligen Großfürstentums Litauen.

Der Umfang des Gouvernements Grodno ist ziemlich bedeutend, er umfaßt nämlich 38 000 qkm, kommt also nach Umfang den drei ziemlich großen Gouvernements Warschau, Kalisch und Piotrków gleich; das Gouvernement Grodno ist nicht nur größer wie ganz Belgien, das kaum 29 000 qkm hat, sondern auch größer wie Dänemark. Dafür bleibt es aber hinsichtlich der Bevölkerungsdichte weit zurück hinter diesen beiden. Während nämlich im Königreich Polen auf einen Quadratkilometer 101 Bewohner entfallen, beträgt diese Zahl im Gouvernement Grodno nur 51, also um die Hälfte weniger. Hinzuzufügen wäre noch, daß die westlichen, industriellen Gegenden des Königreiches im Durchschnitt eine bedeutend größere Bevölkerungsdichtigkeit aufweisen: das Gouvernement Kalisch 113 Einwohner pro Quadritkilometer, das Gouvernement Warschau 151, das Gouvernement Piotrków sogar 171, und erst der östliche Teil des Königreichs nähert sich in dieser Hinsicht den Provinzen des ehemaligen Litauens.

Wenn man beachtet, daß das Gouvernement Grodno, mit Ausnahme zweier Abschnitte, der Kreise Brześć und Kobryń, die sumpfig sind und sich für innere Kolonisation nicht eignen, genau dieselbe Bodenbeschaffenheit hat wie die benachbarten Gouvernements Lomża und Siedlec, und wenn man ferner in Rücksicht zieht, daß das Gouvernement Grodno durchaus ernste Anfänge sowohl einer landwirtschaftlichen wie einer Fabrikindustrie (Tuchwebereien in Białystok und Umgebung) hat, — so gelangen wir mit Leichtigkeit zu der Schlußfolgerung, daß dieses Gebiet geeignet ist, bei günstigen politischen Bedingungen eine doppelt so große Einwohnerzahl aufzunehmen. Vor dem Kriege hatte das Gouvernement Grodno nicht ganz zwei Millionen Einwohner. Unter dem Einfluß des gegenwärtigen Kriegsunglücks hat sich diese Zahl zweifellos verringert. Nach dem Kriege ist ein bedeutendes Anwachsen der dortigen Bevölkerung unter diesen Verhältnissen mehr wie wahrscheinlich und erst dann würde die Bevölkerungsdichte des Gouvernements Grodno dem König-

reich Polen gleichkommen. Hinzugefügt muß noch werden, daß die Ausrottung großer Waldkomplexe während des gegenwärtigen Krieges, wenn auch an und für sich unerwünscht, ebenfalls zu einer weiteren Vergrößerung des Ackerbodens beitragen kann, was in weiterer Folge die landwirtschaftliche Kolonisation erleichtern würde.

In ethnographischer Hinsicht hat das Gouvernement Grodno im allgemeinen den Charakter eines polnisch-weißruthenischen Landes. Aber auch noch andere nationale Elemente müssen hier berücksichtigt werden, denn außer den Polen und Weißruthenen wohnen auf dem Terrain des Gouvernements Grodno: in den drei südlichen Kreisen — Brześć, Kobryń und Prużany — Kleinrussen oder Ukrainer; in allen Städten und Städtchen haben sich in großer Zahl Juden angesiedelt. Außerdem verzeichnet die Statistik hier noch gewisse Prozentsätze von Litauern, Russen und Deutschen.

Wir wollen einmal versuchen, diese nationale Mosaik etwas näher ins Auge zu fassen und den Wert, Einfluß und die Bedeutung der einzelnen ethnographischen Faktoren zu beurteilen.

Die zahlreichste Gruppe im Gouvernement bilden die Weißruthenen. Weißruthenisch ist die Bauernschaft in den Kreisen Słonim und Wołkowyszki, in einem bedeutenden Teile des Kreises Grodno, und zum Teil auch in den Kreisen Sokołka, Białystok, Bielsk und Prużany; es bedeutet dies, daß mit Ausnahme des südlichen Abschnittes des Gouvernements Grodno, das von Kleinrussen bewohnt ist, und des westlichen Abschnittes, der durch polnische Bauern und polnischen Kleinadel bewohnt wird, — fast das ganze Gouvernement Grodno eine weißruthenische Bauernschaft aufweist. Diese Farbe aber, mit der gewöhnlich auf den ethnographischen Landkarten das Gouvernement Grodno angestrichen wird, hat eine sehr fragwürdige Berechtigung. Nach der amtlichen Volkszählung im Jahre 1897 sollte es im ganzen Gouvernement 44% Weißruthenen gegeben haben, hiervon waren zwei Drittel griechisch-orthodox, das übrige Drittel katholisch. Wir wissen aber gut, in welch rücksichtsloser Weise die russischen Behörden die sogenannten ethnographischen Verhältnisse zu ihren Gunsten umzuformen verstanden haben. In unserer aller Erinnerung stehen noch die Gewalttaten und die Unterdrückungen der Bevölkerung von Podlachien und des Chełmer Landes, die den Bewohnern des Gouvernements Grodno in jeder Hinsicht so nahe stehen. Während der einzigen allgemeinen Volkszählung im russischen Kaiserreich im Jahre 1897 haben die russischen Behörden in allen national gemischten Gegenden das eine gleiche Prinzip eingehalten: Verkleinerung, soweit nur möglich, des zahlenmäßigen Anteils des polnischen Volkes. Daher wurden auch die durch diese Zählung erreichten Resultate von seiten der polnischen Forscher einer sehr ernsten Kritik unterzogen, und die Ereignisse des letzten Zeitabschnittes haben gezeigt, daß diese Kritik vollkommen berechtigt war.

Bei Untersuchung der Stärke und Bedeutung der weißruthenischen Bevölkerung in dem bisherigen Gouvernement Grodno, müssen insbesondere zwei Punkte beachtet werden. Zunächst die fast vollständige Abwesenheit irgendeines weißruthenischen nationalen Bewußtseins unter der dortigen Bauernschaft, die ihre eigene Sprache als gewissermaßen häuslichen Dialekt, als „einfache" Sprache ansieht, und bei jeder Gelegenheit sehr gern aus dem Schatze der polnischen Sprache schöpft; — der zweite Punkt ist der tiefe und trotz aller Unterdrückung der russischen Behörden bis heute fast alle Winkel des Gouvernements durchdringende Einfluß der polnischen Sprache und der polnischen Kultur. Insbesondere unterliegen diesem Einfluß gern die katholischen Bauern, die selbst, wenn sie in ihrem Hause den weißruthenischen Dialekt sprechen, sich trotzdem in nationaler Hinsicht in der Hauptsache für Polen halten. Die griechisch-orthodoxen Weißruthenen waren schon allgemein in den letzten Zeiten geneigt, sich unter dem Einfluß der Kirche, der Schule und des Militärs der russischen Kultur anzuschließen. Allein eine große Zahl derselben hat während des Krieges unter Führung der Popen ihr Land verlassen und ist nach Rußland verzogen, und es ist sehr wahrscheinlich, daß durchaus nicht alle nach dem Kriege zu ihren verlassenen Heimstätten zurückkehren werden. Die obigen Betrachtungen resumierend, kann man mit ruhigem Gewissen behaupten, daß bisher eine weißruthenische Nationalität nicht existiert hat, und wenn man auch die Aussichten ihrer zukünftigen Entwick-

lung und Entstehung heute durchaus noch nicht voraussehen kann, so muß man dennoch die unzweifelhafte Tatsache feststellen, daß die weitere Entwicklung des Nationalbewußtseins unter dieser bisher so passiven ethnographischen Masse vor allen Dingen unter dem Einfluß äußerer staatlicher Faktoren vor sich gehen wird.

Die Kleinrussen, die die drei südlichen Kreise des Gouvernements Grodno bewohnen — die Volkszählung vom Jahre 1897 zählte ihrer über 300 000 oder 22% der Gesamtzahl der Bevölkerung — sind eine Bauernschicht, die auf Grund gewisser sprachlicher Eigenschaften zu den Kleinrussen oder den sogenannten Ukrainern gezählt werden könnte, allein sie haben kein ausgeprägtes Nationalbewußtsein, und von der Bezeichnung Ukraina und Ukrainer haben sie erst zum ersten Male während des gegenwärtigen Krieges, von den nach dort entsandten Agitatoren, erfahren. Dieser Volkszweig bekennt ausschließlich die griechisch-orthodoxe Religion, er steht allerdings entfernter von den Einflüssen des Polentums, und die weitere Kristallisierung seiner Auffassungen in nationaler Hinsicht kann man heute durchaus noch nicht voraussehen.

Der dritte einheimische und sehr ernste nationale Faktor im Gouvernement Grodno sind die Polen. In das freie Gebiet, das nach den früheren Jadźwingern übrig geblieben war, floß schon im 14. und 15. Jahrhundert eine geschlossene Welle masurischer Bevölkerung, die sich am Oberlauf des Narew, am mittleren Bug und an den Nebenflüssen beider Ströme ansiedelte. Es war in der Hauptsache Kleinadel, beweglich, energisch und umsichtig. Er kolonisierte einen großen Teil des Landes bis nach Bielsk und Białystok, bzw. einen Teil der ehemaligen Wojewodschaft Podlachien, den späteren Bezirk Białystok in den Jahren 1807 bis 1812, der in dem letzten Jahre dem Gouvernement Grodno angegliedert wurde und aus den drei Kreisen Białystok, Bielsk und Sokołka bestand. Die ethnographische polnische Grenze verläuft hier auch heute über Drohiczyn, Bielsk, Białystok, und zweigt von diesem Punkte ab — gemäß der noch ungeklärten Meinung unserer und fremder Ethnographen — entweder in der Richtung Augustowo oder in der Richtung Grodno. Dieser im ganzen Gouvernement Grodno am meisten ethnographisch zweifelhafte Kreis ist Sokołka. Er ist tatsächlich ein interessantes politisch-nationales Rätsel. Die amtliche Volkszählung vom Jahre 1897 hat dort kaum 1273 Polen gezählt; indessen wurde nicht lange darauf, nämlich im Jahre 1906, aus dem gleichen Kreise an die Behörden eine Eingabe gerichtet, die die Einführung der polnischen Sprache, als Muttersprache der Kinder, in den Volksschulen forderte. Diese Eingabe trug — 15 000 Unterschriften.

Dieser grelle Widerspruch der Zahlen enthüllt uns das Geheimnis, das sich um die nationalen Verhältnisse im Gouvernement Grodno wob. Die Bevölkerung spricht ja allerdings in den Dörfern ein polnisch-weißruthenisches Idiom; sie wurde deshalb während der einzigen in Rußland stattgefundenen Volkszählung, die ausschließlich durch amtliche Personen veranstaltet wurde, die nach Weisungen von oben und ohne die Bauernschaft um ihren Willen zu befragen, verfuhren, in gremio zu den Weißruthenen als zu einem Zweig des russischen Volkes gerechnet. Aber dieses Volk hält sich hier in vielen und sehr großen Gebieten für polnisch, und es bekräftigt dies, sobald es kann, bei jeder Gelegenheit. Am besten kam das zum Vorschein bei der im Frühling 1916 durch die deutschen Okkupationsbehörden durchgeführten Volkszählung. In Grodno selbst fanden sich, außer den Juden, 113 Litauer, 570 Weißruthenen, aber 7609 Polen. In dem Kreise Grodno dagegen, in dem die russische Volkszählung vom Jahre 1875 nur 5% Polen ermittelt hatte, ergab die letztere Zählung vom Jahre 1916, deren Organe doch gleichfalls unverdächtigt sind, besondere polnische Sympathien zu besitzen oder Parteinahme für das polnische Element gezeigt zu haben, nicht mehr 5%, sondern 90% Polen, genau: 1099 Litauer, 2070 Weißruthenen und 36 245 Polen.

Das polnische Element ist daher auf dem ganzen Gebiete des Gouvernements zerstreut. Polnisch ist die Hälfte des Großgrundbesitzes. Aus den Polen rekrutieren sich fast ausschließlich die Pächter, Verwalter, Aufseher und die verschiedenen landwirtschaftlichen Beamten. Auch die Bürgerschaft ist, mit Ausnahme der Juden, überall fast ausschließlich polnisch. Erwähnt muß noch werden, daß das alles ein von Grund aus autochtones Element sei. Der Zufluß polnischer Bevölke-

rung nach Litauen war schon seit mehr wie einem halben Jahrhundert so gut wie ganz abgeschnitten. Selbst die dortigen Polen waren außerhalb des Rechts gestellt. Sie durften weder Land in der nächsten, seit urdenklichen Zeiten von ihnen bewohnten Gegend kaufen, noch irgendwelche selbst bescheidensten Aemter besetzen. Dadurch wurde die Kraft des Polentums in Litauen, das hier früher unumschränkt herrschte, zwar bedeutend geschwächt, aber durchaus nicht gebrochen. Das einzige gebildete, die Lokal-Traditionen pflegende und seiner Pflichten gegenüber dem Land und seinen Bewohnern bewußte Element waren hier immer und sind bis heute nur die Polen.

Von den Litauern innerhalb des Gouvernements Grodno läßt sich wenig sagen. Soviel sich aus den Ortsnamen litauischen Klanges entnehmen läßt, bildeten sie vor Zeiten eine gewisse zahlenmäßige Stärke im nördlichen Teil des Landes. Heute dagegen verblieben hier von ihnen, unter dem Einfluß des unbewußten Entnationalisierungsprozesses zugunsten der Weißruthenen und Polen nur geringe Reste. Im Kreise Grodno bewohnen sie bei Druskienniki und Porzecze noch einige zehn Dörfer. Eine weitere kleine, mit jedem Jahre mehr schmelzende ethnographische litauische Insel ist dann noch weiter im Osten, im Kreise Słonim, in dem Kirchensprengel Zdziecioły zu finden. Im Jahre 1816 sprach die Bevölkerung von vier Dörfern dort noch ausschließlich litauisch. Nach Verlauf mehrerer Jahrzehnte sprach man dann dort nur noch in drei Dörfern litauisch. Zuletzt aber, unmittelbar vor dem Kriegsausbruch, hat der Korrespondent der litauischen Zeitschrift „Viltis“ festgestellt, daß in einem dieser Dörfer, nämlich in Zasady, auf 800 Einwohner nur 300 sich zu Hause der litauischen Sprache bedienten, und daß in den Dörfern Pogiry und Norecie nur noch etwa 30 Personen existieren, die an der litauischen Sprache festhalten. Auf die 11 000 Gemeindemitglieder des Kirchensprengels von Zdziecioły entfallen daher kaum 360 Litauer, und auch diese Zahl schmilzt schnell weiter zusammen in dem weißruthenischen Meere.

An Juden gibt es in dem Gouvernement Grodno 17%, sie bilden hier also einen größeren Prozentsatz wie im Königreich Polen. Allein wirtschaftlich ist das ein viel schwächeres Element, das sich fast ausschließlich vom Handwerk und vom Kleinhandel ernährt. Nur in Białystok hat sich eine kleine Zahl dieser Juden in der industriellen und Handelstätigkeit bereichert. Hier dürfte es von Wert sein, festzustellen, daß die größten Menschenansammlungen im Gouvernement Grodno die folgenden sind: Białystok mit 93 000 Einwohnern, Grodno mit 59 000, Brześć-Litowski mit 58 000 und Słonim mit 22 000.

Die Deutschen beschäftigen sich hauptsächlich in Białystok und seiner Umgebung mit der Tuchindustrie und bilden im Gouvernement Grodno eine geringe Minderheit, die kaum 1% der Gesamtbevölkerung beträgt.

Es wären nun noch einige Worte über das russische Element zu sagen, das während der letzten Jahrzehnte den Anspruch erhoben hat, im Gouvernement Grodno eine entscheidende Rolle zu spielen, und das der Kriegssturm in einem Augenblick von dem Terrain des ganzen Gouvernements weggeweht hat. Während der letzten Jahre bestand schon die ganze Beamtenschaft aus Russen, die aus der Wolgagegend hierher gesandt waren. Ihnen gehörte auch die Hälfte des Großgrundbesitzes.

Sodann ist es noch von Wert, sich über den Besitzstand an Grund und Boden Klarheit zu schaffen. In einer derart überwiegend landwirtschaftlichen Provinz, wie das Gouvernement Grodno, entscheidet das Verhältnis des Landbesitzes in hohem Grade über den allgemeinen Charakter des Landes.

Zunächst einige Worte aus der Geschichte des Landes. Als die russische Regierung im Jahre 1795 das Gouvernement Słonim — das heutige Gouvernement Grodno — aus Teilen der in der dritten Teilung Polens annektierten Wojewodschaften Troki, Nowogródek und Brześć-Litowski, gebildet hatte, richtete sie sofort die größte Aufmerksamkeit auf den Besitzstand des Landes — und sie hat ihn vom Standpunkt der russischen Staatsraison reguliert. Die Zukunft des polnischen Elementes wurde in einer Weise bedroht, von der man sich weder damals noch später überhaupt eine Vorstellung bilden konnte. Als die russische Regierung alle königlichen polnischen Güter, die sogenannten Tischgüter, und alle Starosteien übernahm und später noch einen Teil der Kirchen-

und Bischofsgüter sowie schließlich den Besitz der Emigranten und der in dem großen Smolensker Prozesse Verurteilten konfiszierte, — kam sie zugleich in den Besitz ungeheurer Landflächen und wurde zum bedingungslosen Inhaber fast der Hälfte des ganzen Umfanges des neu gebildeten Gouvernements. Eine besonders reiche und wertvolle Beute waren die königlichen Oekonomien. Es waren dies riesige Güterkomplexe von großem Wert. Eine dieser Oekonomien, die Grodnoer, umfaßte fast das ganze Gebiet der beiden späteren Kreise: Grodno und Sokołka. Bei der früheren Verwaltung wurde diese Oekonomie in 6 sogenannte Gouvernements geteilt, von denen wieder jedes in 6—10 Güterschlüssel zerfiel. Von ihrem Umfang möge zeugen, daß z. B. das sogenannte Gouvernement Janow aus 8 Güterschlüsseln bestand mit 3 Städtchen, 11 Vorwerken und 97 Dörfern. Ebenso umfangreich war auch die Oekonomie von Brešć-Kobryń, die etwa drei Viertel der drei späteren Kreise Brześć, Kobryń und Prużany umfaßte. Außer dem Ackerboden gehörten zu dieser Oekonomie auch gewaltige Waldgebiete, unter anderem der berühmte Urwald von Bialowieża, der noch heute das größte Forstgebiet auf dem Terrain der ehemaligen Republik darstellt.

Nachdem die russische Regierung diese gewaltigen Landkomplexe in Besitz genommen hatte, begann sie sofort, sie nach Möglichkeit mit russischen Elementen zu besiedeln. Durch freigebige Verteilung der Güter unter russische Generäle und Würdenträger wurde sofort ein breites Fundament gelegt unter die beabsichtigte Beherrschung des Landes durch die Russen. So erhielt Suworow Kobryń mit gewaltigem Zubehör, Rumjancew erhielt Prużany, Samojlow-Jeziory, von den vielen geringeren zivilen und militärischen russischen Würdenträgern abgesehen, denen mittelgroße Edelhöfe zugefallen waren. Glücklicherweise verfügte damals Rußland noch nicht über freie Kräfte im Mittelstand, denn die staatliche Verwaltung und der Militärdienst nahmen fast alle Kreise der gebildeten Schichten in Anspruch. So kam es, daß alle Stellungen von Pächtern, Verwaltern usw. in den umfangreichen Gütern der neuen Besitzer von Polen überall eingenommen wurden. Und als einige Jahre später, um die Wende des 18. Jahrhunderts, in das Land Nachrichten gelangten über die heldenhaften Taten der Legionen, die aus Italien nach Polen kommen wollten, um die Freiheit der Republik wiederherzustellen, als gleichzeitig der Ruhm der Napoleonischen Taten, mit dem sich jene Legionen verbunden hatten, im ganzen Europa verbreitet wurde und an den Fundamenten der Throne zu rütteln und bei den Inhabern der Polen entrissenen Gebiete Unruhe zu erwecken begann, — setzte im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts ein Massenverkauf derjenigen Güter ein, die jene Russen durch Schenkungen in Litauen und Ruthenien erhalten hatten. Im Verlaufe weniger Jahre verflüchtigte sich der russische Besitz im Gouvernement Grodno fast bis zu einem Nichts, und Käufer dieser Güter waren hauptsächlich jene Pächter, Verwalter und Aufseher, die ihre im Laufe der Jahre erworbenen Ersparnisse jetzt in dem teuersten und kostbarsten, das sie kannten, anlegten — im Boden.

Der auf diese Weise durch schon einheitlichen Besitzstand gesicherte polnische Charakter des Landes sollte in der gleichen Zeit noch ein weiteres ebenso sicheres Fundament finden in der gesegneten, unermüdlichen und erfolgreichen Tätigkeit des Kurators des Wilnoer Unterrichtsbezirkes, des Fürsten Adam Czartoryski. Mitsamt dem ganzen Litauen und Ruthenien wurde auch das Gouvernement Grodno durch ein für die damaligen Zeiten sehr dichtes Netz polnischer Schulen bedeckt, die überallhin Bildung verbreiteten und die Anhänglichkeit an das eigene Land und seine schönen Traditionen pflegten. Großen Ruhm z. B. erwarben sich die Schulen in Świsłocza, die eine große Anzahl später höchst verdienter Bürger des Landes erzogen hatten.

Allein es kam das Jahr 1830 und mit ihm die Novemberrevolution. Schon aus den Denkwürdigkeiten von Karol Ursyn-Niemcewicz, des Adelsmarschall von Brześć, ist es uns bekannt, wie feurig das ganze Grodnoer Land auf den Aufruf zum Freiheitskampf reagierte. Aber die ganze Grenze des Gouvernements gegen das Königreich Polen war mit einem dichten Militärgürtel belegt. Unter diesen Umständen konnte von einem gemeinschaftlichen Aufstande keine Rede sein; aber viele Einzelpersonen hatten es doch

vermocht, sich durch die Wachen nach dem Königreich hindurchzuschleichen oder sich mit dem Korps des Generals Dembiński zu vereinigen, der damals seinen bekannten Einfall nach Litauen unternahm. Mit einer langen Verlustliste an Menschen, die entweder zur Auswanderung gezwungen oder nach Sibirien verbannt wurden, und mit Boden, der von der Regierung konfisziert wurde, bezahlte das Grodnoer Land für seine Anhänglichkeit an die gemeinsame Sache. Alle diese Verluste sind bisher noch nicht genau zusammengezählt worden, in jedem Falle aber waren sie gewaltig groß. Mehrere hundert Personen mindestens verloren ihren Besitz. Den Repressalien zum Opfer fielen z. B. die großen Besitztümer der Fürsten Sapieha: Dereczyn, Różana, Zelwa. Die alten großartigen Residenzen standen leer. Später wurden sie in Brauereien oder Kasernen umgewandelt. Die unschätzbaren Bibliotheken, Archive und Kunstgegenstände dagegen wurden nach Petersburg gebracht, wo sie unter die vielen Regierungsinstitutionen verteilt wurden; zum Teil hat man sie sogar auf Befehl des Zaren selbst verbrannt.

Allein trotz dieser barbarischen Repressalien ist das feurige Verlangen nach Freiheit unter den Bewohnern des Gouvernements Grodno keineswegs erstorben. Jede neue polnische freiheitliche Regung findet hier sofort ihr lebendiges und tief innerliches Echo. So z. B. brachte im Jahre 1833 Michael Wołłowicz, der heimlich aus der Emigration zurückgekehrt war und im Kreise Słonim einen Aufstand vorbereitete, in Grodno am Galgen sein Leben zum Opfer dar, seine Gefährten dagegen, weißruthenische Bauern, mußten auf lange Jahre nach Sibirien wandern und dort Zwangsarbeit verrichten. Einige Jahre später fand sich hier wieder eine ziemlich ansehnliche Anzahl von Teilnehmern in der Verschwörung von Szymon Konarski zusammen. Im Jahre 1846 wanderte wegen seiner Teilnahme an dem Prozeß des Röhr mit vielen anderen in die sibirische Zwangsarbeit der Gutsbesitzer Apolinary Hofmeister, aus Szóstaków in der Nähe des Urwaldes von Bialowieża, der seine im Eise Sibiriens ungebrochene patriotische Gesinnung später in erhebender Weise bewährte, als er die schwierige und außerordentlich verantwortungsvolle Stellung eines Zivilchefs der Wojewodschaft während des Januar-Aufstandes übernahm.

Dieser letzte Aufstand brach im Gouvernement Grodno wie eine Feuersbrunst aus, alles erfassend und alles in Brand setzend; fast die ganze Blüte der damaligen Generation nahm feurigsten Anteil an ihm. In den Vorbereitungsarbeiten betätigte sich als einer der ersten der Sohn eines Klein-Edelmannes aus der Gegend bei Świsłocz, Konstantin Kalinowski, der später, nach Verhaftung des Wilnoer Ausschusses, tatsächlich zum Diktator des kämpfenden Litauens wurde. An dem Aufstand selbst nahm allertätigsten Anteil, außer den Volks- und kleinbürgerlichen Schichten, die ganze junge Generation des Landadels und der städtischen Intelligenz. Unter der obersten Führung von Onufry Duchinski und später von Walery Wróblewski, organisierten ihre Kreise und stellten sich an die Spitze derselben die von der Nationalregierung ernannten militärischen Chefs: im Kreise Słonim — Franciszek Jundziłł, später Jan Kołłupajlo, im Kreise Wołkowyski — Gustav Strawiński, im Kreise Pružany — Szczęsny Włodek und nach ihm Ildefons Chodakowski, im Kreise Brześć — Jan Wańkowicz, schließlich im Kreise Kobryń — Romuald Traugott, der hier im Mai und Juni in den Wäldern an der Grenze des Pinsker Landes mehrere Gefechte geliefert hatte und dann im Herbst, in Warschau, die Diktatorgewalt über den bereits erlöschenden Aufstand übernehmen sollte, um dann schließlich in der Warschauer Zitadelle den durch die Nation so klar zum Ausdruck gebrachten Willen nach Unabhängigkeit mit seinem Tode zu besiegeln. Die tapfere Insurgentenschar aus dem Grodnoer Land, nach einer halbjährigen ehrenvollen Kampagne über den Bug nach dem Königreich Polen verdrängt, führte hier noch den ganzen Herbst und Winter hindurch blutige Kämpfe in Podlachien und bei Lublin, sie standen unter der Leitung so ausgezeichneter und hartnäckiger Führer, wie: Walery Wróblewski, die Brüder Julian und Bogusław Ejtminowicz, Barancewicz usw.

Dann kam eine dunkle Nacht und der Druck lastete auf dem Land. Nach Unterdrückung des Aufstandes 1864 wurden wiederum im Gouvernement Grodno 130 Güter von zusammen 56 000 Desjatinen konfisziert. Auf Grund einer beson-

deren Instruktion der Regierung vom 23. Juli 1865 wurden diese Güter ausschließlich an Personen russischer Abstammung verkauft; der Preis betrug durchschnittlich 11 Rubel pro Desjatine und wurde in Jahresraten, die auf 20 bis 37 Jahre verteilt waren, entrichtet. Außerdem wurden 78 Güter, die Personen gehörten, welche ohne gerichtliches Urteil, ausschließlich auf dem Verwaltungswege, in das Innere Rußlands verbannt waren, dem Zwangsverkauf ausgeliefert. So wurde wiederum eine sehr ernste Bresche geschlagen in den polnischen Besitzstand an Grund und Boden, während die auf ihren Gütern verbliebenen Besitzer unter besonders schwierigen Bedingungen zu leiden hatten. Die von Murawjew eingeführte Kontribution, die später durch Ukas vom Jahre 1869 in eine ständige Steuer (als sogenannte „Prozentsteuer") von Personen polnischer Abstammung verwandelt wurde, belastete sehr ernst die Einkünfte des polnischen Gutsbesitzerstandes. Der erste Ertrag dieser Steuer ergab in Litauen etwa drei Millionen, in Ruthenien etwa zwei Millionen Rubel. Im Verlaufe des ersten Vierteljahrhunderts nach dem letzten Aufstande hat Rußland aus Litauen und Ruthenien in Form dieser Kontributionen etwa 100 Millionen Rubel herausgepreßt. Am schwersten hat aber den polnischen Besitzstand der drakonische Dezember-Ukas vom Jahre 1865 getroffen, der den Polen den Erwerb von Grund und Boden in Litauen und Ruthenien verbot. Die über ein freies Kapital verfügenden polnischen Landwirte waren seitdem nicht allein nicht mehr in der Lage, eine dauernde Wohnstätte zu finden, sondern auch alle diejenigen Grundbesitzer, deren Vermögensverhältnisse verwickelt waren oder die aus Rücksicht auf Erbteilung ihre Güter verkaufen mußten, gingen, infolge des so bedeutend beschränkten Kreises an Kaufinteressenten, fast mit leeren Händen aus. So kam es, daß der Preis des Bodens im Gouvernement Grodno, der hier durchaus nicht schlechter ist, wie im benachbarten Königreich Polen, sich seitdem ständig auf einem Niveau erhalten hat, das etwa um die Hälfte niedriger war, wie in Polen. Selbst im letzten Jahrzehnt, nach der teilweisen Aufhebung im Jahre 1905 des Verbotes des Bodenerwerbs für Polen, ist der Bodenpreis hier immer noch bedeutend niedriger geblieben, wie auf der linken Seite des Bug. Denn nach den Daten für die Jahre 1905 bis 1911 betrug der durchschnittliche Preis im Gouvernement Grodno pro Desjatine 100 Rubel, d. h. etwa 50 Rubel pro Morgen.

Unter diesen Verhältnissen schmolz sehr schnell der polnische Besitzstand im Gouvernement Grodno, besonders während der ersten Jahrzehnte nach Einführung der erwähnten Ausnahmegesetze. Schon im Jahre 1897 hielten sich nach den amtlichen Ausweisen der polnische und der russische Besitzstand hier gewissermaßen das Gleichgewicht. Nach diesem Jahre hat sich das Besitzverhältnis noch weiter zu unseren Ungunsten geändert, und im Jahre 1905 betrug der polnische Besitzstand nur noch 43% des ganzen Großgrundbesitzes. Immerhin sind das noch 568 000 Desjatinen oder über 1 Million Morgen Land, also eine sehr große und schöne Arbeitswerkstätte für viele Tausende von Familien. Der polnische Großgrundbesitzer ist am stärksten vertreten in den Kreisen: Bielsk — 62%, Słonim — 59%, Wołkowyski — 58%, Białystok — 50%. Die im Jahre 1907 durch das russische Ministerium des Innern vorgenommene Zählung derjenigen Gutsbesitzer, die den vollen Wahlzensus zum russischen Staatsrat besaßen, ergab folgende Resultate: Gutsbesitzer Polen waren im Gouvernement Grodno — 266, Gutsbesitzer Russen — 150.

Wir unterstreichen mit Nachdruck, daß das alles amtliche Daten sind, die, soweit möglich, zu unseren Ungunsten gefärbt wurden; insbesondere kommen in diesen Zahlen alle diejenigen Momente nicht zum Ausdruck, die den polnischen Besitzstand im Gouvernement Grodno in viel günstigerem Licht darstellen. Also vor allem — die Frage des ständigen Wohnsitzes der Besitzer auf ihren Gütern, die das beste Kriterium des Wertes der betreffenden Einwohnergruppe sowohl in wirtschaftlicher wie sozialer Hinsicht sind. Also: während etwa 90% der polnischen Gutsbesitzer ständig auf ihren Gütern wohnen und sich persönlich mit der Wirtschaftsführung beschäftigen, erreicht dieser Prozentsatz unter den russischen Gutsbesitzern nicht einmal die Zahl 50. Trotz aller Beschränkungen und Unterdrückungen, die die russische Regierung während des ganzen letzten halben Jahrhunderts mit aller Rücksichtslosigkeit angewandt hatte, sind also dennoch

die Polen der einzige hier stets wirksam zum Ausdruck kommende Faktor geblieben. Als z. B. einige Jahre vor Ausbruch des Krieges unter den Gutsbesitzern im Kreise Brześć, wo der Prozentsatz der Polen kaum 25% beträgt und also nur ein Viertel des Großgrundbesitzes polnisch ist, die Absicht entstand, eine landwirtschaftliche Gesellschaft mit Sitz in Brześć zu gründen, mußten, ungeachtet aller Schwierigkeiten, ausschließlich polnische Gutsbesitzer die ganze Aktion in ihre Hände nehmen und eine ganz polnische Verwaltung bilden, weil sich unter den Russen weder willige noch überhaupt geeignete Kräfte fanden. Es ist anzunehmen, daß jetzt, nach Aenderung der politischen Bedingungen, ein massenhafter Ausverkauf dieser auf so leichtem Wege erworbenen Güter einsetzen wird, weil eben ihre Besitzer in Rußland wohnen und höchstwahrscheinlich auch dort zu bleiben wünschen.

Die vorstehende kurze Schilderung der Verhältnisse im Gouvernement Grodno abschließend, möchten wir noch der starken und auf einem festen Fundament gestützten Hoffnung Ausdruck geben, daß das Land, das Kościuszko und Niemcewicz, Traugott und die Orzeszkowa hervorgebracht hat, das Land, das durch seine alten Traditionen mit unserer gemeinsamen Vergangenheit verbunden ist, und das außerdem in so bedeutendem Maße bewohnt wird durch eine Bevölkerung, die entweder bewußt polnisch ist oder ausgesprochen zum Polentum gravitiert, — früher oder später zum Schauplatz der gemeinsamen Arbeit und des gemeinsamen Zusammenlebens mit uns werden muß.

---

# Bücher- und Zeitschriften-Besprechungen.

**Die polnische militärische Monatsschrift „Bellona".** Es ist Tatsache, daß die Hoffnungen auf Entstehen einer starken nationalen Armee auf polnischem Boden sich nicht verwirklicht haben und daß die polnischen Legionen, die der Anfang dieser polnischen Truppenmacht waren, sich nicht nur nicht zu entwickeln vermochten, sondern im Gegenteil aus mancherlei, vornehmlich politischen Gründen, zu einer geringen Kader-Formation geschmolzen sind, die gegenwärtig im Königreich Polen garnisoniert. Allein es wäre falsch, anzunehmen, daß diese Tatsachen den Wiederaufbau des polnischen Militärwesens endgültig im verneinenden Sinne entschieden haben. So ist es nicht. Dies beweisen nicht allein die intensiv arbeitenden Unteroffizier- und Offizierschulen in den polnischen Garnisonen und die Anträge, die die polnische Regierung wegen der Einführung des Militärgesetzes beim Staatsrat eingebracht hat, sondern auch gleichermaßen die zeitgenössische polnische Literatur. Es ist nämlich unzweifelhafte Tatsache, daß die polnische Literatur über militärische Themata heute ungeheuer angewachsen ist. Unter dieser Literatur stehen an erster Stelle die beiden periodischen Veröffentlichungen der Militärkommission in Warschau: die Monatszeitschrift „Bellona" und das alle zehn Tage erscheinende Soldatenblatt „Wiarus".

Beide Ausgaben haben schon eine halbjährige Probe durchgemacht und entwickeln sich mit jedem Monat besser; daher ist es schon an der Zeit, die Freunde Polens und alle Interessenten von dem Vorhandensein und den Schicksalen dieser Blätter, insbesondere der Zeitschrift „Bellona" in Kenntnis zu setzen.

Periodisch erscheinende polnische Militärzeitschriften haben eine bedeutend größere und schwierigere Aufgabe, wie andere derartige Veröffentlichungen in Ländern, die eine ununterbrochene staatliche Existenz führen. Unter normalen Bedingungen bildet die Armee fast den Kern des nationalen Bewußtseins und verbindet durch ihre Tradition aufs engste die späteren Generationen mit den gegenwärtigen. In Polen, das seine unabhängige Existenz verloren hatte, wurde diese Tradition nicht allein zerrissen, sondern auch die Anschauungen vom Militärdienst und seiner erzieherischen Wirkung haben starke Metamorphosen durchgemacht.

Diese durchaus verständliche Metamorphose ist in allen drei Anteilen der ehemaligen Republik Polen zum Ausdruck gekommen; allein am stärksten prägte sie sich aus innerhalb des früheren russischen Anteils — im Königreich Polen, wo der Zustand der russischen militärischen Okkupation während der ganzen vergangenen Jahrzehnte die normale Lage bildete.

Der aus dem Königreich Polen stammende Rekrut mußte nicht allein in die Armee seines größten und kulturell viel niedriger stehenden Feindes eintreten, sondern er war auch gezwungen, dem Militärdienst in weit entfernten Provinzen des russischen Kaiserreiches, hauptsächlich in Sibirien, zu genügen; nach Hause kehrte er zurück, nach einer vier- bis fünfjährigen Dienstzeit, halb russifiziert und allenfalls in seiner eigenen nationalen und sogar sozialen Kultur zurückgeblieben. Der polnische Offizier brachte Erinnerungen an Schikanen und fortgesetzte Beschränkungen zurück, deren Ursache eben seine polnische Abstammung war — er brachte mit einem Wort die Abneigung und den Haß gegen den Militärdienst zurück.

Mehrere zehn Jahre solcher Zustände konnten nicht

spurlos vorbeigehen an der Kollektivpsychologie der Nation. Sie mußten nicht allein bei den breiten Massen, sondern auch bei den gebildeten Ständen eine Abneigung gegen die Armee, als staatliche Institution, hervorrufen und das Verständnis für die erzieherische Wirkung des militärischen Dienstes im nationalen Leben herabdrücken. Alle diese Momente mußten auch ungünstig auf die Bildung der eigenen Armee unter den an und für sich schon so ungünstigen Bedingungen des gegenwärtigen Krieges einwirken.

Aenderungen in der kollektiven Gedanken- und Auffassungsform kann in erster Linie die Presse und verschiedener Art Publikationen hervorbringen. Die Aufgabe der polnischen militärischen Fachpresse hat also schon in dieser Hinsicht eine höchst wichtige Bedeutung.

Allein diese Aufgabe erschöpft noch nicht das ganze Programm. Eine 80jährige Unterbrechung in der Existenz des eigenen nationalen Heeres zwingt uns jetzt, die Bande der Tradition aufs neue zu knüpfen. Das Militärwesen nimmt in der polnischen Geschichte der vergangenen Jahrhunderte ein viel zu ehrenvolles Blatt ein, als daß es jetzt nicht an der Zeit wäre, diese Erinnerungen wieder aufzufrischen. Sowohl der Offizier wie der Soldat muß sich wieder als rechtmäßiger Erbe der soldatischen Traditionen seiner Großväter und Urgroßväter von Wien, Raclawice, Moskau oder Grochow her fühlen.

Jener Zeitabschnitt, wo es an einem nationalen Heer fehlte, hatte zur Folge, daß militär-historische Studien bei uns kein unmittelbares Interesse fanden; sie waren überhaupt wenig zahlreich und standen gar nicht auf dem neuzeitlichen histeriographischen Niveau. Diese Lücke muß unbedingt ausgefüllt werden, und hierzu eignen sich am besten periodisch erscheinende Veröffentlichungen.

Die weitere Fachausbildung der polnischen Offiziere, die während der ersten drei Jahre des gegenwärtigen Krieges Gelegenheit hatten, im Felde Erfahrungen zu sammeln, die aber nicht die normale Schule der theoretischen Offiziersausbildung durchmachen konnten und daher nicht genügend geschult sind, ist gleichfalls eine der wichtigen Aufgaben der polnischen militärischen fachwissenschaftlichen Literatur.

Alle diese Rücksichten haben die polnische Militärkommission bewogen, eine publizistische Veröffentlichung in größerem Umfange zu unternehmen, und nicht ohne Stolz dürfen wir die Tatsache feststellen, daß wir uns der Resultate dieser Arbeit weder vor den eigenen Landsleuten, noch vor Ausländern zu schämen brauchen.

Das Soldatenblatt „Wiarus“ steht durchaus auf der gleichen Höhe wie ähnliche Veröffentlichungen dieser Art in Oesterreich, in Deutschland, in Frankreich oder in England, und man könnte vielleicht auch annehmen, daß es durch seinen seriösen Charakter manches dieser anderen Blätter überragt. Die Monatszeitschrift „Bellona“ dagegen muß im Laufe der Zeit die Aufmerksamkeit weiter Kreise der militärischen Theoretiker auf sich lenken, als Quellenmaterial für die Geschichte des polnischen Militärwesens.

Ein nicht geringes Verdienst hieran gebührt der Persönlichkeit des Chefredakteurs beider Zeitschriften, des bekannten Historikers und Krakauer Universitätsprofessors, der zugleich auch ein Mitorganisator der polnischen Legionen war — W a c ł a w T o k a r z. Die Liebe zur Sache, tiefe Gelehrsamkeit und hohe pädagogische Fähigkeiten dieses Mannes geben der Richtung beider Zeitschriften ihr Gepräge. Die Mitarbeiterschaft von Historikern, wie des Majors des polnischen Heeres K u k i e l, des Leutnants Pawłowski, rutinierter Praktiker, wie des Generals der k. u. k. Armee Rozwadowski, des ehemaligen russischen Generals Suryn, der Legionsobersten Januszajtis, Minkiewicz und Berbecki, der Stabs- und Linienoffiziere der polnischen Heeresformationen, verleihen diesen Zeitschriften viel Aktualität und praktische Bedeutung.

Schon der Name „Bellona“ allein hat für unsere heutige Generation eine sehr vielsagende historische Bedeutung. Diesen Namen gab nicht einer der gegenwärtigen Redakteure, sondern der Chef des General-Quartierwesens während des polnisch-russischen Krieges im Jahre 1830—31, der General Ignacy Prądzyński. Dieser Stabsoffizier, von dem seine militärischen Kritiker mit Recht gesagt haben, daß er in dem Zeitabschnitt zwischen Napoleon und Moltke der bedeutendste Stratege der Welt war, versuchte schon im Jahre 1818, als junger Oberstleutnant im Dienst unter dem Großfürsten Konstantin, dem damaligen Hauptkommandierenden des Kongreßkönigreichs, eine Monatszeitschrift unter diesem Titel herauszugeben, und zwar zum Zwecke der Fortbildung des Offizierkorps. Der Großfürst Konstantin hat aber seine Erlaubnis versagt und dieses Verbot damit motiviert, daß die einzige und ausreichende Lektüre für einen Offizier das gewöhnliche Dienstreglement sein müsse. Bei dem russischen Zarewicz war also die Besorgnis ausschlaggebend, daß das polnische Offizierkorps nicht übermäßig gebildet sein darf.

Prądzyńskis Idee ließ sich erst genau hundert Jahre später verwirklichen, als die russische Herrschaft auf polnischer Erde zur Vergangenheit geworden war.

Die sechs bisher herausgegebenen Bände der „Bellona“ bringen einen reichen Inhalt. Um das Andenken des Initiators zu ehren, bringt der erste Artikel des ersten Januarbandes ein Kapitel aus einem bisher noch nicht veröffentlichten Aufsatz Prądzyńskis unter dem Titel „Die Attacke“.

Von den weiteren Aufsätzen historisch-militärischen Inhalts genügt es, nur die Titel anzuführen, die den Charakter dieser Artikel am besten charakterisieren können. Wir finden dort also folgende Arbeiten: General Rozwadowski: „Die Heeresorganisation früher und heute“; Kukiel: „Die Schlacht bei Raszyn“ (1809); Tokarz: „Die Waffen- und Munitionsfrage während des

Novemberaufstandes" und „Das Gefecht bei Szklary im Jahre 1863"; Pawłowski: „Zur Geschichte des Aushebungswesens zum polnischen Heer im Königreich Polen" (1815—1830); Kukiel: „General Dąbrowski als Heerführer" (1794—1815); Major Zagorski: „Die Schlacht bei Mołotkowo" (der polnischen Legionen am 29. Oktober 1914); Andrzej Weiß: „Notizen über die Kämpfe der Karpathenbrigade (der Legionen) im Oktober und November 1914"; Sadowski: „Die Tätigkeit des ersten Bataillons des fünften Regiments (der polnischen Legion) am 16. und 17. Mai 1915 in der Schlacht bei Pokrzywianka" und eine ganze Reihe anderer Aufsätze auf dem Gebiet der Heeresorganisation; Hlasko: „Die Militärverfassungen Europas"; Gostyński: „Die russische Artillerie im gegenwärtigen Kriege"; Piskor: „Das System der Dreiteilung höherer militärischer Einheiten"; Rostworowski: „Die Rolle der Kavallerie in den Armeen der Zukunft"; General Suryn: „Maschinengewehre bei der Artillerie".

Aus den Erfahrungen des gegenwärtigen Krieges: Oberst Januszajtis: „Die Evolution des Krieges"; Sawicki: „Neue Methoden photogrammetrischer kartographischer Aufnahmen"; Rawicz: „Der Angriff von Stoßtruppen"; General V. Nordenswan: (Uebersetzung aus dem Schwedischen) „Ueber die Strategie des Weltkrieges"; Oberst K. Egli: (Uebersetzung) „Der Positions- und Bewegungskrieg"; Grabowski: „Der bulgarische Offizier".

Aus der Pädagogik: Tokarz: „Die erzieherische Bedeutung des Heeres"; Oberst Berbecki: „Die Unteroffizierschule"; Alexandrowicz: „In Sachen der militärischen Ingenieur-Akademie in Polen" (auf Grund der Erfahrungen russischer Schulen).

Jeder Band bringt außerdem reichliche Mitteilungen und Notizen militärischer Natur und sehr umfangreiche Berichte und Besprechungen polnischer, deutscher, französischer, russischer, englischer usw. Erscheinungen.

Aus den hier angeführten Titeln geht hervor, daß das Niveau der Zeitschrift tatsächlich ein hohes ist und daß es für jeden Fall den anderen heutigen Zeitschriften dieser Art nicht nachsteht, die, wie bekannt, besonders während des Krieges, aus leicht verständlichen Gründen der Absorbierung der Fachkräfte, oft nur wenig historisches und theoretisches Material liefern können.

Zum Schluß noch eine Bemerkung: Viele Verfasser geben als Wohnort das Interniertenlager in Benjaminow (deutsches Okkupationsgebiet im Königreich Polen) und in Marmaros Sziget (in Ungarn) an. Diese Namen erwecken gewisse traurige Reflexionen wegen des tragischen Schicksals der polnischen Legionen, einer Formation, die politisch so schlecht ausgenutzt wurde; andererseits zeugen sie auch von der inneren Kraft jener Freiwilligen, die den Kampf um die Unabhängigkeit der eigenen Nation aufgenommen haben.

St. Rostworowski.

---

# Dokumente der Polenpolitik.

## I. Deutschland.

### Deutsche Staatsmänner zur Polenfrage.

In seiner Rede vom Donnerstag, den 12. September, erklärte der Vizekanzler Payer unter anderem:

..... so ergibt sich mit Notwendigkeit die Wiederherstellung des territorialen Zustandes vor dem Kriege. Sie ist überall ohne weiteres möglich, nur nicht in unserem Osten.

Das alte Rußland war ein durch den rücksichtslosen Despotismus aus den verschiedensten Völkern zusammengeschweißter Staat. Es hätte lebensfähig bleiben können, wenn es die Absicht gehabt hätte und wenn es ihm gelungen wäre, durch föderalistische Gestaltung den unterjochten Völkerschaften erträgliche Lebensbedingungen zu gewähren, wenn es nicht seinen Völkern wie den einzelnen Untertanen jede freiheitliche Entwicklung verwehrt hätte und wenn es nicht im Zusammenhange damit gezwungen wäre, die aus der allgemeinen Unzufriedenheit drohenden inneren Gefahren immer wieder durch kriegerische Erfolge und weitere Ausdehnung des Reiches zu beschwören. Es ist zusammengebrochen, weil es sich innerlich nicht halten konnte; unsere und unserer Bundesgenossen Siege haben nur den Angehörigen des Riesenreiches die Möglichkeit gegeben, sich zu befreien. Sollen nun wir zur Wiederaufrichtung dieses despotischen, durch seinen Charakter, ja schon durch sein bloßes Dasein stets die Welt und vor allem seine Nachbarn bedrohenden Zarenreiches wieder beitragen, unsere Zukunft aufs neue gefährden, indem wir die Teile, in die sich das alte Rußland naturgemäß und von Rechts wegen aufgelöst hat, selbst wieder zusammenbringen? Der Gedanke ist undenkbar. Wir können das Königreich Polen, die Erfüllung des Sehnens des polnischen Volkes, das wir selbst haben mitschaffen helfen, nicht wieder mit Gewalt an Rußland ausliefern.

• • •

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Hintze im Hauptausschuß, am 24. September 1918:

„Einer der interessantesten Staaten in dem ganzen Ostproblem ist Polen. Die Grundlage unserer Politik hinsichtlich Polens ist die Zweikaiserproklamation vom 6. November 1916, in der in allgemeinen Umrissen vorgesehen ist die Schaffung eines selbständigen Staates mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung. Ueber die Modalitäten für die Durchführung dieser Proklamation sind wir und Oesterreich-Ungarn als Interessenten gewillt, uns zu verständigen unter Anhörung der Wünsche der Polen. In dieser Woche

noch werden von unserer und österreichischer Seite Kommissare zu Verhandlungen hierüber in Berlin zusammentreten. Ich bemerke nochmals, daß diese kommissarischen Verhandlungen die Wünsche und die Stimmen der Polen anhören sollen und wollen. Was wir für uns zu erreichen hoffen, ist eine wirtschaftliche Gleichstellung der Mittelmächte auf dem polnischen Markte mit den Polen. Wir sind dafür bereit, Polen aufzunehmen in das künftige mitteleuropäische Wirtschaftsbündnis. Solange dieses Wirtschaftsbündnis noch nicht besteht, sind wir gewillt, mit Polen einen vorläufigen Handelsvertrag zu schließen auf der Grundlage der Meistbegünstigung. Wir denken ferner an eine Gleichstellung der deutschen und österreichischen Staatsangehörigen mit den polnischen Staatsangehörigen in Polen bezüglich Handel und Gewerbe und des Erwerbs von Vermögen, namentlich von Grundstücken und Land. Wir erstreben einen freien Durchgangsverkehr von Gütern und Personen aus Deutschland durch Polen, und umgekehrt sind wir bereit, dasselbe Polen bezüglich Deutschlands zu gewähren. Wir wollen ferner die Schiffahrt auf der Weichsel und den zugehörigen Wasserstraßen für frei erklären für uns und für Polen. Ferner sind wir bereit, Polen zuzugestehen: Gleichstellung mit uns bezüglich der inländischen Schiffahrt unter der Bedingung, daß Polen das gleiche Zugeständnis Deutschland macht. Im kulturellen Interesse sind wir gesonnen, von dem neuerstandenen Polen zu verlangen, daß die Gesetze, welche während der Okkupationsverwaltung entstanden sind und die der Erhaltung der deutschen Schulen und Kirchen dienen, aufrechterhalten werden. Wir wünschen, daß dieser Schutz unserer deutschen Landesangehörigen in Polen auch nach der Gründung des freien und unabhängigen Polens weiterbesteht."

## II. Oesterreich-Ungarn.

### Der Deutsche Volksrat für Galizien zur Polenfrage.

Der Deutsche Volksrat für Galizien hat am 25. August 1918 in Lemberg zur Polenfrage folgende Entschließung gefaßt:

„Durchdrungen von der Gewißheit, daß das deutsche Volk gegenwärtig in dem größten Entscheidungskampfe steht, den es je zu führen gehabt hat, glaubt der Deutsche Volksrat für Galizien darauf hinweisen zu müssen, daß eine geschlossene, einheitliche Stellungnahme des gesamten Deutschtums im Reich und in Oesterreich gegenüber den großen politischen Fragen ein dringendes Gebot der Stunde ist. Dies gilt vor allem auch von der polnischen Frage, die nur dann in einem den deutschen Belangen förderlichen Sinne gelöst werden kann, wenn eine Lösung gefunden wird, welche die Deutschen ebenso des Reichs wie Oesterreichs in geschlossener Einheit zum Programm erheben und dann auch mit festem Willen durchsetzen. Eine solche Lösung wäre die austropolnische Lösung nicht, weil sie erstens eine Machtverschiebung in Europa verursachen würde, die einseitig dem Polentume zugute käme, dessen politischer Einfluß dadurch ein sehr bedeutender und für die preußischen Ostprovinzen sowie überhaupt für die Belange des Deutschtums im Osten bedrohlicher würde, weil sie zweitens Oesterreich trotz des gegenteiligen Scheins sowohl wirtschaftlich wie politisch schwächen, drittens aber durch die unvermeidliche Vergewaltigung der Ukrainer nur den Keim neuer, schwerer Verwicklungen enthalten würde.

Eine wirklich fruchtbringende Lösung der polnischen Frage müßte bei möglichstem Entgegenkommen gegen die Polen doch vor allem das Interesse in den Vordergrund stellen, welches das gesamte Deutschtum, auch das österreichische, an der Abwehr polnischer Machtgelüste und nach Westen gerichteten Ausbreitungsdranges hat. Sie müßte zweitens auch den Ukrainern gerecht werden, deren dauernde Freundschaft von den Deutschen schon aus dem Grunde gesucht werden sollte, weil wir mit ihnen keinerlei Reibungsflächen haben und sie uns außerordentlich wertvoll sind. Eine solche Lösung müßte drittens aber auch so ausfallen, daß der Bestand und die Zukunft des Karpathendeutschtums und der deutschen Siedlungen im Königreich Polen dadurch gesichert bliebe.

Diesen drei Gesichtspunkten würde am ersten eine Gestaltung der Verhältnisse gerecht werden, die an die Kundgebungen der verbündeten Zentralmächte vom November 1916 anknüpfen würde. Diese Kundgebungen sehen einerseits ein selbständiges, aber auf Kongreßpolen beschränktes Königreich Polen voraus, das in ein enges politisches, militärisches und wirtschaftliches Verhältnis zu den Zentralmächten treten sollte. Diesem zu schaffenden selbständigen Polen wäre insofern entgegenzukommen, als demselben soviel wie möglich wirtschaftliche Vorteile, kulturelle Freiheit und — soweit es möglich ist — Freiheit der Ausbreitung nach Osten gewährt werden sollte. Daneben sollte entsprechend der kaiserlichen Kundgebung vom 5. November 1916 Galizien eine Sonderstellung erhalten, aber durchaus im Rahmen des österreichischen Staatsverbandes, für den Galizien sowohl aus wirtschaftlichen wie auch aus politischen und militärischen Gründen unbedingt als integrierender Bestandteil notwendig ist. Bei der Sonderstellung wäre natürlich nicht nur auf die Polen, sondern ebenso auch auf die Ukrainer und auf die deutschen Siedlungen Galiziens Rücksicht zu nehmen, weswegen eine Zweiteilung Galiziens bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Tatsache, daß auch in Ostgalizien eine Million Polen wohnt, unumgänglich sein würde. Die Sonderstellung Galiziens dürfte sich keinesfalls auf die militärischen Angelegenheiten und auch nicht auf das Verkehrswesen — Eisenbahn, Post, Telegraph — erstrecken, und es dürfte dadurch die innige Verbindung der Deutschen Galiziens mit dem Gesamtdeutschtum Oesterreichs in keiner Weise beeinträchtigt werden."

## III. Okkupationsgebiet.

**Rede des Herrn Generalgouverneur von Beseler.**

Anläßlich des dreijährigen Bestehens des Kaiserlich deutschen Generalgouvernements Warschau fand auf dem Hofe des Stadtschlosses eine Feier statt, bei der Generalgouverneur Generaloberst Exzellenz v. Beseler eine Rede hielt, die folgenden Wortlaut hatte:

„Kameraden!

Als ich im vorigen Jahre zum zweiten Male den Erinnerungstag der Errichtung unseres Generalgouvernements hier mit Euch feierte, da sprach ich die Hoffnung aus, daß jeder Mann, wie in den beiden vergangenen Jahren, so auch in dem dritten mit Anspannung aller Kraft seine Pflicht und Schuldigkeit tun würde. Ich kann jetzt, wo wir dazu bestimmt zu sein scheinen, noch in ein viertes Jahr des Generalgouvernements einzutreten, nur dafür danken, daß die Hoffnung, die ich damals hegte, in Erfüllung gegangen ist. Ich habe allen Angehörigen des Generalgouvernements bis in seine weitesten Verzweigungen, in die Militärgouvernements und in die Kreise hinein, hier Dank und Anerkennung auszusprechen, für das, was auch in diesem dritten Jahre hier geleistet worden ist.

Wir haben zwar bei den großen gewaltigen Ereignissen dieses Jahres nur als bescheidene Zuschauer von weitem zusehen können, wir haben nicht Anteil gehabt an den Heldentaten, die von unseren Heeren und denen unserer Verbündeten verrichtet worden sind; wir haben nicht unmittelbar zu den großen Erfolgen beigetragen, die im Osten zum Zusammenbruch eines der größten Reiche der Welt geführt haben, und die uns im Westen täglich von neuem bewundern lassen, mit welcher Zähigkeit, mit welcher Ausdauer unsere unvergleichlichen Truppen Welle auf Welle und Sturm auf Sturm an sich brechen lassen.

Aber wir haben hier doch ein gutes Werk für unser teures Vaterland getan. Wir haben ein großes Land in Ruhe und Ordnung gehalten in Zeiten, wo überall, wo man hinblickt, die Wogen des Aufruhrs, des Bürgerkriegs, unklarer und noch vollständig unbestimmter politischer Bewegungen toben.

Auch das ist ein Werk gewesen, für das uns das Vaterland dankt, und mit dem Vaterlande wird wohl auch in dem Lande, in dem wir die Ordnung in diesen schweren Zeiten aufrechterhalten haben, sich hin und wieder das Gefühl regen, daß wir es auch mit ihm gut gemeint und ihm so manchen Nutzen gebracht haben.

Nun spreche ich am heutigen Tage die Bitte aus, daß jeder an seinem Platze wieder seine Schuldigkeit tun möge.

Es ist aber nicht mit der Erfüllung der äußeren Pflicht allein getan, sondern etwas, was ebenso hoch steht, das ist das Bewußtsein, daß wir hier nicht nur für die Macht, sondern vor allem auch für die Ehre des deutschen Namens einzutreten haben. Deshalb möge jeder einzelne an sein Herz fassen und möge sich bei jeder Handlung bewußt sein, daß er alles, was er tut, auch muß verantworten können vor den Augen des Vatelandes und vor den noch größeren Augen, die in die Herzen der Menschen hineinschauen. Es mag vorkommen, daß es nicht überall so ist, wie es sein sollte. Lange Kriegsjahre führen hin und wieder eine Verwilderung, gelegentlich einmal eine Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse herbei. Wir halten unseren Schild nur rein und dürfen uns nur stolz unseres Namens als Deutsche rühmen, wenn wir uns keiner Handlung bewußt sind, die auf den deutschen Schild auch nur den Hauch eines Fleckens werfen könnte. Das möge jeder beherzigen und an seinem Platze verbreiten; überall hinein, bis in die fernsten Stellen unserer Truppen und unserer Beamten, möge dieser mein Wunsch eindringen.

Nun, wir treten also in einen neuen Abschnitt des großen Werkes ein, zu dem wir hier berufen sind. Wir schwören aufs neue treue Pflichterfüllung, treues Ausharren, auch wenn es diesem oder jenem einmal etwas lange erscheint, daß wir nun schon ins fünfte Kriegsjahr eingetreten sind. Aber jeder von uns möge sich dessen bewußt bleiben, daß wir nur einen sehr bescheidenen und einen an unsere Leistungsfähigkeit und unsere Hingebung geringe Anforderungen stellenden Anteil an dem Werk und an der Arbeit nehmen, die jetzt geleistet wird. Gedenken wir unserer fechtenden Kameraden, gedenken wir auch derer, die im fernen Osten unter den schwierigsten Verhältnissen Ordnung, Zucht und Wohlstand wieder aufleben lassen sollen in Ländern, die jetzt zusammengebrochen und unterwühlt sind, die aber mit Hilfe des deutschen Schwertes und des deutschen Geistes auch wieder einmal zu neuer Blüte gelangen sollen.

Und nun, unser Gelöbnis und unsere Huldigung bringt mit mir zusammen dar in dem Rufe: Seine Majestät, unser Allergnädigster Kaiser, König und Kriegsherr: Hurra! hurra! hurra!“

* * *

**Kundgebungen polnischer Parteien zur Vertagung des Staatsrates.**

Die Staatspartei (die Gruppe der Herren Lempicki und Studnicki) hat dem Regentschaftsrat folgende Erklärung eingereicht:

Die Staatspartei steht auf dem Standpunkt, daß die Verwirklichung des polnischen Staates schon während des Krieges erfolgen müsse; sie erkennt daher die Note der polnischen Regierung vom 29. April als den Beginn der positiven Arbeit in der Richtung dieser Politik an.

Ohne sich in die Beurteilung des Inhaltes der Note einzulassen, sieht die polnische Staatspartei in der Tatsache ihrer Absendung einen erwünschten vorbereitenden Schritt der polnischen Regierung, der die schnellste Anknüpfung der Unterhandlungen mit den Regierungen der Zentralmächte in Sachen der territorialen Ausstattung des polnischen Staates und der Klarstellung des gegen-

seitigen Verhältnisses zwischen ihm und den Zentralmächten anstrebt.

In der tiefen Ueberzeugung, daß diese Probleme gründlicher Ueberlegung, gegenseitiger Verständigung und möglichst schneller Klärung bedürfen, — weil hiervon das Entstehen und die Sicherung der polnischen Staatlichkeit schon während des gegenwärtigen Krieges abhängt — erachtet es die Staatspartei für geboten, daß die polnische Regierung die begonnenen Verhandlungen weiterführt und auf dem Wege entsprechender Konventionen energisch und konsequent die Sicherung der politischen und wirtschaftlichen Interessen des polnischen Staates erreicht.

In der Richtung einer solchen Politik wird die Staatspartei die Regierung und ihre Bestrebungen unterstützen. —

* * *

Der „Verband für den Aufbau des polnischen Staates“:

„Der Verband für den Aufbau des polnischen Staates, dessen vornehmste Aufgabe der Mitwirkung an der tatsächlichen inneren Organisation des Staates gilt, vertritt die Ansicht, daß das Fortbestehen des Staatsrates und die Kontinuität seiner gesetzgebenden Arbeit für die nationale Frage von größter Wichtigkeit ist. Die politische Kommission des Verbandes gab in der Sitzung vom 9. September nach Erwägung der gegenwärtigen äußeren und inneren politischen Lage der Meinung Ausdruck, daß die äußere Politik des Kabinetts Steczkowski, insbesondere in der letzten Periode, und dessen Amtsführung richtig war; ferner daß, wenn die Vertagung des Staatsrates anläßlich des Rücktritts des Kabinetts notwendig war, nach Bildung des neuen Kabinetts die Arbeiten des Staatsrates, insbesondere diejenigen der Kommissionen, in kürzester Zeit wieder aufgenommen werden müssen.“

* * *

Der Klub der Unabhängigen Demokratie veröffentlicht in der Presse eine Erklärung, daß er eine längere Unterbrechung in den Verhandlungen und Arbeiten des Staatsrates unter den gegenwärtigen Verhältnissen für höchst unerwünscht erachtet, weil sie die öffentliche Meinung des Landes stark beunruhigen kann; der Klub der Unabhängigen Demokratie ist deshalb überzeugt, daß die Sitzungen des Staatsrates sofort nach Bildung des neuen Ministerkabinetts wieder aufgenommen werden.

* * *

Der Volksklub im Staatsrat hat in seiner Tagung am 6. September folgende Resolution angenommen:

1. Der Volksklub spricht sein Bedauern aus, daß in einem so wichtigen Augenblick der Staatsrat, die einzige, wenn auch nur sehr beschränkte Vertretung der polnischen Nation, aufgelöst wurde.

2. Der Volksklub fordert die schnellste Einberufung des Staatsrates sowohl wegen der Klärung der politischen Situation, wie wegen der schleunigsten Beschließung der Reichstagswahlordnung, die es möglich machen soll, einen demokratischen Reichstag zusammenzurufen, der von der ganzen Nation zur Entscheidung grundsätzlicher Fragen des polnischen Staates bevollmächtigt wäre.

3. Der Volksklub verwahrt sich aufs entschiedenste gegen irgendwelche grundsätzliche Entscheidungen.

4. Der Volksklub bringt die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß das gegenwärtige Kabinett nach Annahme seiner Demission sich nur mit den laufenden Fragen beschäftigen wird, und erklärt, daß er sein Verhältnis zum zukünftigen Kabinett erst nach genauem Kennenlernen seines politischen Programms bestimmen wird.

5. Der Volksklub hofft, daß das Kabinett im Einverständnis mit den Vertretern des Volksklubs gebildet werden wird.

* * *

Die Nationale Vereinigung erklärt:

1. In der Vertagung des Staatsrates sieht die Nationale Vereinigung die Absicht, die öffentliche Meinung des Landes vom Einfluß auf die von der Regierung geführte Politik fernzuhalten.

2. Den Inhalt der Note vom 29. April d. J. erachtet die Nationale Vereinigung als im Widerspruch stehend mit der politischen Stellung der ganzen Nation und mit ihren Interessen.

3. Die Nationale Vereinigung steht auf dem Standpunkt, daß die polnische Frage ein internationales Problem ist und nicht im einseitigen Einvernehmen mit einer der kriegführenden Gruppen erledigt werden könne.

4. Weder die polnische Regierung noch der Staatsrat, die beide keine aus dem Willen der Nation geborenen Vertretungen sind, dürfen Verträge schließen, die die polnische Nation verpflichten sollen.

5. In Anbetracht des Umstandes, daß die wichtigste Aufgabe des Staatsrates in der Beschließung der Reichstagswahlordnung besteht, fordert die Nationale Vereinigung die schleunigste Einberufung des Staatsrates.

* * *

Die Polnische Fortschrittspartei, die zum Zwischenparteilichen Klub gehört, hat aus Anlaß der letzten politischen Vorfälle ein Communiqué folgenden Inhalts veröffentlicht:

1. Die Vertagung des Staatsrates, trotzdem sie sich formell auf § 14 des Gesetzes vom 4. November 1918 stützt, ist zweifellos unter den gegebenen Bedingungen eine Vergewaltigung der allgemein angenommenen konstitutionellen Grundsätze.

In keinem wirklich parlamentarischen Staate würde der Rücktritt eines Ministerkabinetts die Vertagung der Landesvertretung nach sich ziehen. Im Gegenteil, gerade in solchen Augenblicken hat die Nationale Vertretung die Pflicht, die Lösung der Krise im Sinne der Forderungen des Parlaments zu überwachen. Wenn in den westlichen Staaten die Kammern sich manchmal unter solchen Verhältnissen vertagen, so geschieht das

darum, weil sie wegen Abwesenheit der Regierung die parlamentarischen Beratungen nicht fortsetzen können.

Zwar ist der Staatsrat durchaus keine nationale Vertretung, aber immerhin hätten doch die parlamentarischen Sitten im Verhältnis zu ihm geachtet werden müssen.

Im übrigen war der amtliche Kommentar zu der Vertagung des Staatsrates nur eine Beschönigung der eigentlichen Motive dieses Entschlusses.

Die wahre Veranlassung war eine neue, und zwar noch wesentlichere Verletzung der Kardinal-Grundsätze des Parlamentarismus. Die Mehrheit des Staatsrates sollte sich, was allgemein bekannt war, gegen die Politik des Kabinetts erklären, und deshalb wurden gar nicht einmal Verhandlungen über diesen Gegenstand zugelassen. Ein solches Vorgehen der polnischen Behörden zeugt davon, daß wir mit eigenen Mitteln, ohne fremde Intervention, die Freiheit der Ueberzeugung zu unterdrücken versuchen. Mit anderen Worten, wir beginnen unser öffentliches Leben mit dem rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die anders empfinden und anders denken.

2. Die Polnische Fortschrittspartei stand von Anfang des Krieges auf dem Standpunkt, daß das polnische Problem in seinem Gesamtumfang nur auf dem Wege der internationalen Verständigung seine endgültige Lösung finden kann. Und so stehen alle anderen Versuche seiner Lösung, unter anderem auch die Note vom 29. April 1918, nach Ansicht der Polnischen Fortschrittspartei nicht nur im Widerspruch mit den unerschütterlichen Bestrebungen der Nation, sondern sie sind direkt zwecklos und haben gar keine praktische Bedeutung.

3. Dem oben dargelegten Prinzip gemäß, ist keine polnische Behörde, auch nicht der Regentschaftsrat, bevollmächtigt, politische Verträge zu schließen, die die Zukunft Polens vorausbestimmen.

* * *

**Kundgebung über das zukünftige Verhältnis Polens zu Litauen.**

Eine Versammlung, an der mehrere hundert Personen, meist Gutsbesitzer aus den östlichen Grenzbezirken Polens und Litauens, teilnahmen, tagte am Sonntag, den 22. September, im Museumssaal an der Krakauer Vorstadt.

Nach einigen Reden, die alle ziemlich das gleiche Thema behandelten, faßte Fürst Sapieha das Ergebnis in folgendem Beschluß zusammen, der fast einstimmig von der Versammlung angenommen wurde:

„Die zur Besprechung der polnischen Ostmarkenangelegenheiten am 22. September abgehaltene Versammlung beschließt: in Erwägung, daß die ehemals zur Republik Polen gehörenden Gebiete hinter dem Njemen und Bug in geschichtlicher, geographischer und ethnographischer Beziehung einen untrennbaren Teil Polens bilden und für unsere politische Selbständigkeit wie für eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung unentbehrlich sind; in der Ueberzeugung, daß die Abtrennung einer ihres Polentums bewußten Millionenbevölkerung ein diesen Gebieten zugefügtes Unrecht bedeuten würde; in Erwägung, daß Tausende von Unterschriften den unerschütterlichen Willen seiner Bürger künden, dem polnischen Staat anzugehören, — ruft die Versammlung die polnische Regierung auf, alle Bemühungen zu unternehmen, um die Zugehörigkeit unserer Ostmarken zum Königreich Polen zu sichern."

## IV. Etappengebiet.

**Kundgebung polnischer Bauern in Podlachien.**

Der „Polnische Verband landwirtschaftlicher Kleinbetriebe" in Podlachien (das man im Frieden von Brest-Litowsk der Ukraina zugesprochen hat) hat einen Aufruf veröffentlicht, in dem wir unter anderem folgendes lesen: „Polnische Bauern! Wir müssen durchhalten! Wir müssen wie Hunde bei unserer heimischen Scholle ausharren, um den heiligen Glauben und den polnischen Geist nicht zu verlieren! Trotz der Unterdrückung, trotz der verlogenen Lockung, trotz der Leimruten trügerischer Versprechungen — müssen wir zusammenhalten und dürfen uns nicht verführen lassen. Polen sind wir und Polen wollen wir bleiben — dazu verhelfe uns Gott!"

## V. England.

**Balfour zur Polenfrage.**

Aus der Rede des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten, Balfour, gehalten am 16. September dieses Jahres:

„Dann nehmen Sie Deutschlands ungeheuerliche Ansprüche im Osten Europas. Der liberale deutsche Vizekanzler hat erklärt, daß das Schicksal Polens und das Schicksal derjenigen Völker, die der Ostgrenze Rußlands benachbart sind, sowie der Friede von Bukarest, der Rumänien in die Lage eines Vasallen bringt, in Kraft bleiben werden, und daß Deutschland allein regeln wird, welcher Grad der Knechtschaft seinen östlichen Nachbarn auferlegt werden soll. Das ist endgültig und deutlich, und ein Mißverständnis ist nicht möglich. Keine dialektische Gewandtheit wird Schwierigkeiten dieser Art mildern, und bis diejenigen, die das Schicksal Deutschlands lenken, ob es das Hauptquartier, der Kaiser, der Kanzler, der Vizekanzler oder der Reichstag ist, bereit sind, aufrichtig zu sein oder wenigstens bereit zu einer Lösung sind, die in Uebereinstimmung mit dem ist, was unsere Alliierten für die Sache der Gerechtigkeit, der Zivilisation, des Rechts und des Friedens halten, sind bloße Besprechungen nutzlos."

## VI. Amerika.

### Auflösung des Komitees für Nationale Verteidigung in Amerika.

Die polnische Presseagentur in Wien berichtet in einem Telegramm aus Washington vom 19. Juni 1918 ausführlich über die Auflösung des Komitees für Nationale Verteidigung durch die amerikanischen Behörden: „Der militärische Informationsausschuß des Generalstabes der Armee der Vereinigten Staaten hat nach einer mehrere Wochen dauernden Prüfung und gründlicher Erforschung der Tätigkeit des Komitees der Nationalen Verteidigung und der Hauptführer dieser Organisation beschlossen, den Leitern des Komitees für Nationale Verteidigung zu empfehlen, entweder ihre Organisation sofort aufzulösen oder auch einen Entschluß zu fassen, die Rekrutierungsarbeit für die polnische Armee zu unterstützen und hierbei mitzuhelfen. Dieser Beschluß wurde dem Rechtsanwalt zugestellt, der sich in Gesellschaft der Führer des Komitees für Nationale Verteidigung in Washington einstellte, um die genannte Organisation zu verteidigen. Die Beamten des militärischen Informationsausschusses des Generalstabes der Armee der Vereinigten Staaten haben als Resultat ihrer Prüfungen das Urteil abgegeben, daß das Komitee für Nationale Verteidigung im besten Falle eine der Entente gegnerische Organisation sei, und daß es eine Arbeit verrichtet habe, die in Wirklichkeit gleichbedeutend sei mit deutschfreundlicher Propaganda.

Es wurde ferner festgestellt, daß diese Organisation vor dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg deutschfreundlich gewesen sei. Es wurde eine Warnung erlassen, daß die Regierung nicht mit sich spaßen lassen werde, und daß die Versuche, der Rekrutierung der polnischen Armee und anderen Bestrebungen entgegenzuwirken, auf die sofortige und energische Gegenaktion der Regierung stoßen werden. Die Beamten der Vereinigten Staaten haben diesen Beschluß gefaßt wegen der ententefeindlichen Stellung der Führer des Komitees für Nationale Verteidigung und wegen des Geistes der Resolution, die auf dem Kongreß des Komitees im Mai d. J. in Philadelphia gefaßt wurde und in der die Absicht zum Ausdruck gebracht wurde, sich der Autorität des Regentschaftsrates in Polen unterzuordnen, schließlich auch wegen der allgemeinen Opposition dieses Kongresses gegen die Rekrutierung zur polnischen Armee.

Die Beamten der Vereinigten Staaten sind der Anschauung, daß in Anbetracht der Tatsache, daß die Deklaration der Alliierten in Versailles zugunsten Polens die Lösung der polnischen Frage als ein Kriegsziel der Alliierten aufgestellt habe und die polnische Armee den Weg zur Mobilisierung von Kräften öffnet, die in entgegengesetztem Falle nicht nutzbar gemacht werden könnten, — die oppositionelle Tätigkeit dieser Herren fast einem Landesverrat gleichkommt und verhindert werden müsse.

Das gefällte Urteil läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß das Komitee der Nationalen Verteidigung sich entweder bekehren und die polnische Armee unterstützen oder sich auflösen müsse.

---

# Notizen.

## Wirtschaft.

**Tagung des Verbandes polnischer Kaufleute.** Der Verband polnischer Kaufleute, der über 1000 Mitglieder umfaßt, hat am 15. und 16. September seine erste Sitzung in Warschau abgehalten.

Diesem Ereignis ist eine besondere, symptomatische Bedeutung beizumessen, denn es liefert den Beweis, daß der polnische Handel seine traditionelle Hilflosigkeit abzuschütteln gesinnt ist und sich zu einer tatkräftigen Organisation zusammenrafft, um dem durch die neugeschaffene politische Lage hervorgerufenen Umschwung auf allen Gebieten der Handelsbeziehungen gut ausgerüstet zu begegnen.

Der Weltkrieg hat auch dem polnischen Handel schwere Wunden geschlagen, und sie nach Möglichkeit schon jetzt zu beseitigen, muß eine der vornehmsten Aufgaben der polnischen Kaufmannschaft sein.

Die Frage der Schaffung neuer Bezugs- und Absatzquellen, die Liquidierung der Handelsverpflichtungen aus der Friedenszeit sowie die Gründung eines Verbandes zum Schutze polnischer Gläubigerforderungen in Rußland wurden von den Versammelten lebhaft erörtert. Die Tagung stellte fest, daß der polnische Handel und die Industrie nach dem Kriege ihre bisherigen Absatzgebiete beibehalten müssen.

Polens geographische Lage bestimmt dieses Land zum Vermittler beim Warenaustausch zwischen West- und Osteuropa, und Warschau wird dabei eine wichtige Rolle zufallen. Deshalb wäre es wünschenswert, wenn in Warschau in regelmäßigen Abständen Warenmessen veranstaltet würden, um ein zweckdienliches Bild von der Entwicklung der Landeserzeugung für einheimische als auch für fremde Abnehmer zu geben. Angesichts des steigenden Warenmangels und der hieraus folgenden ungünstigen Zahlungsbilanz des polnischen Staates nach dem Kriege wurde der Wunsch ausgesprochen, daß eine Staatsaufsicht über die ausländische Ein- und Ausfuhr errichtet werde.

Um für den zukünftigen polnischen Handel eine feste Grundlage zu schaffen, beschlossen die Versammelten, das Handelsfachschulwesen nach Kräften zu fördern und nach modernen Grundsätzen auszubauen. Auch die Frage der Gründung einer Bank der polnischen Kaufmannschaft, sowie verschiedene Fragen von sozialer Bedeutung, wie die Bekämpfung des Kettenhandels,

Einführung der Sonntagsruhe und andere mehr wurden lebhaft erörtert.

Die Tagung, die sehr zahlreich besucht war — über 400 Mitglieder aus Warschau und der Provinz hatten sich eingefunden —, liefert einen erfreulichen Beweis von dem neuen Geist, der die polnische Kaufmannschaft beseelt. —

Auf der Tagung wurde ferner beschlossen, in Warschau alljährlich eine polnische Messe abzuhalten. Diese Messe wird die Bezeichnung: Warschauer Messe A.-G. führen. Sie soll bereits im nächsten Jahre ins Leben treten. Die polnische Messe dürfte eine erhebliche Beeinträchtigung der Breslauer Meßbestrebungen bilden. Ferner beschloß der polnische Handelstag energisch Maßnahmen gegen die Spekulationswut in Polen, die Gründung einer polnischen Kaufmannsbank zum Zwecke der Nationalisierung des polnischen Handels und die Unterstützung der Einführung einer Staatseinkommensteuer.

**Die galizische Industrie.** Unter den polnischen besitzenden Kreisen wächst das Interesse für die galizische Industrie in hohem Maße.

Zu den bedeutendsten Transaktionen der jüngsten Zeit gehört der Ankauf der sogenannten „Herrschaft Brody", die die Güterkomplexe Brody und Chrow in einer Gesamtfläche von 28 000 Morgen Wald, 5348 Morgen Ackerland und 3536 Morgen Weide umfaßt. Die von der Landesbank, Galizischen Agrarbank, Industriebank, Hypothekenbank und Kriegshandelszentrale gebildete Gesellschaft beabsichtigt nicht nur eine rationelle Forstwirtschaft einzuführen, sondern auch eine Reihe von Industriebetrieben, vornehmlich Zement-, Kalk- und Ziegelfabriken sowie Hopfenplantagen zu gründen.

Auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Industrie ist die Gründung einer Fabrik mit einem Betriebskapital von 3½ Millionen Kronen in Bory bei Krakau zur Gewinnung von Stickstoff aus der Luft nach dem System von Professor Mościcki zu verzeichnen, ferner die Gründung einer Fabrik zur Verarbeitung von Gemüse- und Obsterzeugnissen, die mit einem Kapital von einer Million Kronen von den Fürstinnen Lubomirski in Myszyniec ins Leben gerufen wurde. Mit einem Betriebskapital von 2 Millionen Kronen gründete unter Beteiligung verschiedener Banken und des Verbandes der Bauernwirtschaftsvereine die Kriegshandelszentrale eine Fabrik für landwirtschaftliche Geräte „Lemiesz" in Krakau, deren Organisierung im Einvernehmen mit den Fabriken von Wolicki in Lublin und Cegielski in Posen durchgeführt wird.

Auch in Lublin wurde kürzlich unter der Leitung des Fürsten Lubomirski eine neue Lebensmittelgesellschaft mit einem Gründungskapital von 10 Millionen Kronen ins Leben gerufen. Dem „Monitor Polski" zufolge soll die neue Gesellschaft in erster Linie Bodenerzeugnisse aus Kongreßpolen nach Oesterreich und Industrieerzeugnisse aus Galizien nach Polen einführen.

* * *

## Kirche.

**Um die Rückgabe der polnischen Nationalkirche zu St. Stanislaus in Rom.** Die Abteilung für Kirchenangelegenheiten in Warschau wird nächstens die Frage der Rückgabe der „Königlichen Kirche und des Hospitals zu St. Stanislaus der Polnischen Nation" (Venerabile Regie chiesa ed ospedale di St. Stanislaw Nazione Polacca) in Rom wie auch des polnischen Instituts der Barmherzigkeit (Opere pia polacca) in Loretto in die Hand nehmen. Die genannte Kirche, gestiftet 1545 durch Kardinal Stanislaus Hosius, war zu Zeiten des polnischen Reichs der Oberaufsicht der Fürstbischöfe von Krakau unterstellt. Im Jahre 1764 wurde sie zum Eigentum des polnischen Staates erklärt und vom König in seinen besonderen Schutz genommen. —

* * *

## Verwaltung.

**Der polnische Staatshaushaltsplan.** — Der Budgetvoranschlag des polnischen Staates für die Zeit vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1918 enthält im allgemeinen folgende Ziffern: Einnahmen 4 742 134 ℳ, Ausgaben 59 308 780 ℳ. Auf die einzelnen Staatsorgane entfallen dabei folgende Posten:

| | Ausgaben: | Einnahmen: |
|---|---|---|
| Regentschaftsrat | 472 850 ℳ | |
| Staatsrat | 781 300 ℳ | |
| Präsidium des Ministerrats | 675 760 ℳ | |
| Staatsdepartement | 1 427 413 ℳ | |
| Heereskommission | 3 516 718 ℳ | 15 570 ℳ |
| Beamtenkommission | 218 355 ℳ | |
| Ministerium des Innern | 5 371 184 ℳ | 1 470 000 ℳ |
| Finanzministerium | 3 583 665 ℳ | |
| Ministerium für Gesundheitswesen, soziale Fürsorge und Arbeitsschutz | 6 767 369 ℳ | |
| Justizministerium | 11 951 288 ℳ | 1 862 000 ℳ |
| Ministerium für Kultus und Unterricht | 21 268 529 ℳ | 1 111 220 ℳ |
| Ministerium für Landwirtschaft und Krongüter | 2 421 249 ℳ | 148 344 ℳ |
| Ministerium für Handel und Industrie | 853 100 ℳ | 135 000 ℳ |
| | 59 308 780 ℳ | 4 742 134 ℳ |

Erscheinungstage: 1. und 15. jeden Monats. — Bezugspreis (bei der Post oder beim Verlag) vierteljährlich 3,50 Mark, Einzelheft 60 Pf.

Schriftleitung: Wacław Schmidt, Berlin-Friedenau, Varziner Strasse 8. Alle redaktionellen Sendungen an obige Adresse erbeten. Unverlangt eingesandten Manuskripten bitten wir Rückporto beizufügen.



Für die Redaktion verantwortlich F. Załachowski, Charlottenburg, Grolmanstr. 42. — Verlag „Polnische Blätter", Charlottenburg, Schlüterstr. 28. — Druck: Otto Dreyer, Berlin W 57, Kurfürstenstraße 19.